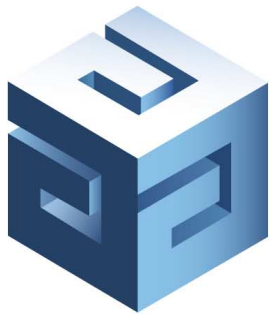


Konzern-Jahresfinanzbericht
2007



a . a . a .
aktiengesellschaft
allgemeine anlageverwaltung

Frankfurt am Main

Bericht des Aufsichtsrates der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung

In einem Jahr, in dem nicht nur durch die Veränderungen im Gesellschafterkreis erhebliche Herausforderungen auf die Gesellschaft zukamen und die Geschäftsfelder neu auszurichten waren, war der Vorstand in besonderem Maß gefordert, den Aufsichtsrat über die Entwicklungen der Gesellschaft und des Konzerns zu unterrichten. Er hat dies regelmäßig und zeitnah getan und umfassend über die Geschäftspolitik sowie die finanzielle und wirtschaftliche Lage informiert.

Der Aufsichtsrat der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Beratungs- und Kontrollaufgaben mit großer Sorgfalt wahrgenommen. Er hat die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßnahmen mit diesem erörtert und die Umsetzung überwacht. Vorkommnisse von besonderer Bedeutung wurden besprochen; darüber hinaus stimmten sich Vorstand und der Aufsichtsratsvorsitzende kontinuierlich ab. Unmittelbar befaßt war der Aufsichtsrat mit allen zur Genehmigung vorzulegenden Geschäften. Diese wurden im wesentlichen auf den vier Sitzungen des Gremiums einschließlich der konstituierenden Sitzung am 21.03.2007, 03.07.2007, 27.08.2007 und 15.11.2007 behandelt. In Einzelfällen haben die Aufsichtsräte Entscheidungen und Maßnahmen im schriftlichen Umlauf- bzw. im Parallelverfahren geprüft, verabschiedet und genehmigt. Nachdem erst am 09.11.2007 die in der Hauptversammlung vom 27.08.2007 geänderte Satzung der Gesellschaft, die unter anderem eine Erweiterung des Aufsichtsrates auf sechs Mitglieder beinhaltete, im Handelsregister gewahrt wurde, ist auf der anschließenden Sitzung am 15.11.2007 noch nicht über die im Corporate Governance Kodex vorgesehene Bildung von Ausschüssen entschieden worden.

Schwerpunkt der Sitzungen waren die Veränderungen der Gesellschaftsstruktur und die sich daraus ergebenden Folgen für die Neuausrichtung mit ihren Chancen und Risiken. Diese wurden ausführlich in der Aufsichtsratssitzung vom 21.03.2007 diskutiert. Die vom Vorstand dargestellten Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Gesellschaft wurden vom Aufsichtsrat positiv bewertet.

Nach Ausscheiden der beiden Aufsichtsratsmitglieder Rolf Hartmann und Peter A.R.F. Münch durch Niederlegung ihres Mandates und der durch Antrag bei Gericht erfolgten Neubestellung der Aufsichtsratsmitglieder Michael Spies und Eric Collinet-Adler waren Beratungsschwerpunkte der weiteren Aufsichtsratssitzungen neben den vorgelegten Soll-/Ist-Vergleichen für die Gesellschaft und den Konzern, bei denen die Umsätze der Gesellschaft, der Gang der Vermietungen und Investitionen ebenso analysiert wie Abweichungen besprochen wurden, die durch den Vorstand neu definierten Zielsetzungen. Dazu gehörten die Bereinigungen des Immobilienportfolios sowie Optimierungen in der Finanzierungsstruktur. Die Möglichkeit einer Umwandlung in einen REIT wurde erwogen. Die Vorbereitung der Hauptversammlung, der unter anderem eine in Teilen geänderte Satzung zur Beschlußfassung vorgeschlagen wurde, war weiter im Focus.

In der Zusammenkunft vom 15.11.2007 hat der Aufsichtsrat wesentliche Maßnahmen zur Neuausrichtung des Portfolios genehmigt. Sie schärften die Ausrichtung des Konzerns und stärkten die Liquidität. Ferner wurden neue Geschäftsordnungen für Aufsichtsrat und Vorstand unter Berücksichtigung der Regelungen des Corporate Governance Kodex beschlossen.

In seinen Sitzungen diskutierte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand das bei der Gesellschaft installierte Risikomanagementsystem. Im Zug der Ausweitungen der Aktivitäten des Konzerns bestand Einigkeit, die bisher bestehenden Instrumentarien zu verbessern und zu standardisieren.

In der Aufsichtsratssitzung vom 03.07.2007 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Erklärung zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex besprochen und in der Sitzung gemeinsam unterzeichnet. Diese haben Vorstand und Aufsichtsrat am 28.04.2008 aktualisiert. Bis auf wenige

Ausnahmen wird den Empfehlungen des Kodex entsprochen. Die Erklärung wurde auf der Internetseite der Gesellschaft eingestellt und ist dauerhaft zur Einsicht zugänglich.

Der nach HGB vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluß der Gesellschaft nebst Lagebericht sowie der nach IFRS aufgestellte Konzernabschluß mit Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2007 sind durch den auf der Hauptversammlung vom 27.08.2007 als Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 2007 gewählte und vom Aufsichtsrat mit der Prüfung beauftragte KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Gemäß Befreiungsvorschrift des § 315 a HGB wurde auf die Erstellung eines Konzernabschlusses nach HGB verzichtet. Sämtliche für die Beurteilung notwendigen Jahresabschlußunterlagen erhielten die Aufsichtsratsmitglieder ebenso wie die fertiggestellten, aber noch nicht unterzeichneten Prüfungsberichte und den Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinnes rechtzeitig vor der Sitzung am 28.04.2008. In der Sitzung wurden mit dem Vorstand und dem Abschlußprüfer der Jahres- und Konzernabschluß sowie die Lageberichte in ihrer endgültigen Form sorgfältig erörtert. Der Abschlußprüfer gab Auskunft zu den wesentlichen Prüfungsergebnissen und stand für ergänzende Erläuterungen zur Verfügung. Der Risikobericht wurde besprochen. Der Aufsichtsrat hat seinerseits den Jahres- und Konzernabschluß sowie die dazugehörigen Lageberichte des Vorstandes abschließend geprüft. Die Berichte des Abschlußprüfers wurden zu Rate gezogen. Aus diesem Bericht ergaben sich keine Hinweise und Verstöße gegen Gesetz oder Satzung. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung bestanden keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat stimmte dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlußprüfer zu.

Der Aufsichtsrat billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluß sowie den Konzernabschluß; der Jahresabschluß der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung ist somit gemäß § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstandes, den Bilanzgewinn unter Auflösung des geringfügigen Betrages aus der Kapitalrücklage und damit einen Betrag von € 1.776.724,11 auszuschütten, stimmte der Aufsichtsrat zu.

Zudem war der Bericht des Vorstandes über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen Gegenstand der Prüfung. Der Abschlußprüfer kam in seinem Prüfungsbericht zum Ergebnis, dass keine Beanstandungen zu erheben sind und er teilte diesbezüglich folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben im Bericht richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstandes über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen geprüft. Der Abhängigkeitsbericht und der Bericht des Abschlußprüfers waren desgleichen Gegenstand der Sitzung vom 28.04.2008 und wurden eingehend mit dem Abschlußprüfer besprochen. Im Rahmen seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat festgestellt, dass keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstandes im Abhängigkeitsbericht zu erheben sind. Er stimmte dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlußprüfer zu.

Nachdem die Aufsichtsratsmitglieder Rolf Hartmann und Peter A.R.F. Münch am 30.03.2007 ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt hatten und Michael Spies und Eric Collinet-Adler bis zum Ablauf der nächsten Hauptversammlung als Aufsichtsratsmitglieder durch Gericht bestellt wurden, hat in der Hauptversammlung vom 27.08.2007 die Neuwahl des Aufsichtsrates insgesamt stattgefunden. Die Hauptversammlung wählte Geraldine Copeland-Wright, Eric Collinet-Adler, Matthias Hünlein,

Günter Rothenberger, Michael Spies und Werner Uhde in den Aufsichtsrat. In der darin anschließenden konstituierenden Sitzung wurde Werner Uhde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, Michael Spies wurde als Stellvertreter gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Rolf Hartmann und Peter A.R.F. Münch für ihre engagierte Arbeit in diesem Gremium. Mit ihren Anregungen und Erwägungen haben sie wichtige Impulse für die Gesellschaft gegeben.

Durch Beschluß im Parallelverfahren wurde Stefan H. Brendgen am 30.03.2007 zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Er wurde gleichzeitig zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt. In der Sitzung vom 15.11.2007 ist beschlossen worden, die Amtszeit des Vorstandes Dr. Sven Rothenberger zu verlängern. Er ist nunmehr bis 30.03.2010 als Mitglied des Vorstandes bestellt.

Im Zuge der Veränderungen der Gesellschaftermehrheiten hat Günter Rothenberger am 30.03.2007 einvernehmlich seine Vorstandstätigkeit beendet. Der Aufsichtsrat dankt Günter Rothenberger für seinen langen erfolgreichen Einsatz und seine großen Verdienste zum Wohle der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung. Er hat mit seiner Tätigkeit als Vorstand die Gesellschaft wesentlich geprägt.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankt der Aufsichtsrat für die geleistete Arbeit und den großen persönlichen Einsatz im Geschäftsjahr 2007, das durch hohe Belastungen gekennzeichnet war. Die Neuausrichtung wäre ohne den Einsatz und die Kompetenz dieser Mitarbeiter nicht in gleichem Maße gelungen.

Schließlich gilt der Dank unseren Aktionären, die vertrauensvoll den Weg der Gesellschaft begleitet haben.

Frankfurt am Main, den 28. April 2008

Für den Aufsichtsrat

Werner Uhde
- Vorsitzender -

Konzernbilanz zum 31.12.2007

VERMÖGENSWERTE	Konzern- Anhang	31.12.2007	31.12.2006
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	7	0,51	0,51
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	6	86.456.800,00	105.666.777,87
Sachanlagen	5	61.756,52	120.824,18
Latente Steueransprüche	8	171.200,00	617.730,00
		86.689.757,03	106.405.332,56
Kurzfristige Vermögenswerte			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte	9	9.765.145,65	659.238,69
Zahlungsmittel	11	242.890,46	131.089,24
		10.008.036,11	790.327,93
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögensgegenstände	10	4.000.000,00	0,00
		14.008.036,11	790.327,93
Summe Vermögenswerte		100.697.793,14	107.195.660,49
EIGENKAPITAL UND SCHULDEN			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	12	41.200.000,00	35.347.000,00
Zur Durchführung der Sachkapitalerhöhung geleistete Einlagen	12		5.853.000,00
Kapitalrücklage	12	1.048.395,08	1.228.051,24
Gewinnrücklage	12	986.210,68	986.210,68
Bilanzgewinn	12	17.651.472,57	17.273.110,69
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallendes Eigenkapital		60.886.078,33	60.687.372,61
Minderheitsanteile		394.470,56	657.421,04
Gesamtsumme Eigenkapital		61.280.548,89	61.344.793,65
Schulden			
Langfristige Schulden			
Minderheitsanteile an Personengesellschaften	13	1.250.932,25	1.235.526,28
Verzinsliche Darlehen	14	14.882.245,04	33.174.862,45
Pensionsrückstellungen	15	143.906,00	943.707,00
Latente Steuerschulden	8	137.680,00	165.350,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	17	117.000,00	124.285,85
		16.531.763,29	35.643.731,58
Kurzfristige Schulden			
Verzinsliche Darlehen	14	16.392.358,36	6.131.267,68
Sonstige Rückstellungen	16	390.155,30	379.444,30
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	17	6.102.967,30	3.696.423,28
		22.885.480,96	10.207.135,26
Summe Eigenkapital und Schulden		100.697.793,14	107.195.660,49

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung **Anlage 2**
(vormals: A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vormals Seilwollf AG von 1890)
Frankfurt am Main

Konzerngewinn- und Verlustrechnung 2007	Konzern- Anhang	2007	2006
Umsatzerlöse	20	6.512.651,98	6.486.634,52
Sonstige betriebliche Erträge	21.1	1.879.799,87	1.044.543,06
Personalaufwendungen	21.2	678.485,49	549.645,52
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	21.3	25.442,48	18.712,12
Betriebliche Aufwendungen für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	21.4	3.063.064,19	2.174.743,13
Sonstige betriebliche Aufwendungen	21.5	<u>1.649.604,68</u>	<u>1.026.237,62</u>
Operatives Ergebnis		2.975.855,01	3.761.839,19
Finanzerträge	21.6	9.587,55	17.878,81
Finanzierungsaufwendungen	21.6	<u>2.221.155,88</u>	<u>2.439.903,45</u>
Ergebnis vor Steuern		764.286,68	1.339.814,55
Steueraufwendungen	22	<u>384.983,10</u>	<u>-288.803,00</u>
Konzernergebnis		<u>379.303,58</u>	<u>1.628.617,55</u>
Davon entfallen auf:			
Anteilseigner des Mutterunternehmens		377.756,41	1.626.077,80
Minderheitsanteile		1.547,17	2.539,75
Ergebnis je Aktie	23		
Anzahl ausgegebene Stückaktien		19.741.379	16.954.236
Ergebnis je Aktie - unverwässert (in €)		0,02	0,10
Ergebnis je Aktie - verwässert (in €)		0,02	0,08

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung
(vormals: A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vormals Seilwolff AG von 1890)
Frankfurt am Main

Anlage 3

Konzerneigenkapitalspiegel zum 31.12.2007

Konzern- Anhang	Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallendes Eigenkapital					Summe €	Minderheits- anteile €	Summe Eigenkapital €
	gezeichnetes Kapital	Zur Durchführung der Sachkapitalerhöhung geleistete Einlagen	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklage	Bilanz- gewinn			
	€	€	€	€	€			
Stand 31.12.2005	24.000.000,00	11.347.000,00	1.228.051,24	986.210,68	15.647.032,89	53.208.294,81	1.653.252,97	54.861.547,78
Umbuchung geleistete Einlagen	12	11.347.000,00	-11.347.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen Ergebnisanteile Minderheitsgesellschafter		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5.532,86	-5.532,86
Erwerb von Minderheitenanteilen	3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-992.838,82	-992.838,82
Zugänge aus Einlagen	12	0,00	5.853.000,00	0,00	0,00	5.853.000,00	0,00	5.853.000,00
Konzernergebnis 2006		0,00	0,00	0,00	1.626.077,80	1.626.077,80	2.539,75	1.628.617,55
Stand 31.12.2006		35.347.000,00	5.853.000,00	1.228.051,24	986.210,68	17.273.110,69	657.421,04	61.344.793,65
Umbuchung geleistete Einlagen	12	5.853.000,00	-5.853.000,00			0,00		0,00
Auszahlungen Ergebnisanteile Minderheitsgesellschafter						0,00	-1.428,59	-1.428,59
Erwerb von Minderheitenanteilen	3					0,00	-263.069,06	-263.069,06
Kosten Kapitalmassnahmen	12			-179.050,69		-179.050,69		-179.050,69
Konzernergebnis 2007					377.756,41	377.756,41	1.547,17	379.303,58
Entnahmen aus der Kapitalrücklage				-605,47	605,47	0,00		0,00
Stand 31.12.2007		41.200.000,00	0,00	1.048.395,08	986.210,68	17.651.472,57	394.470,56	61.280.548,89

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung
(vormals: A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vormals Seilwolff AG von 1890)
Frankfurt am Main

Anlage 4

Konzernkapitalflussrechnung	Konzern- Anhang	2007 T€	2006 T€
		<hr/>	<hr/>
Konzernergebnis vor Steuern		764	1.340
Ab- und Zuschreibungen auf das Anlagevermögen und die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	21.1 ,21.3	-1.108	-467
Aufwand/Ertrag Zinsen	21.6	2.146	2.379
Nicht zahlungswirksamer Gewinn aus Abgängen Anteile an assoziierten Unternehmen		0	-154
Sonstiger nicht zahlungswirksamer Ertrag/Aufwand		-687	204
Abgänge aus Entkonsolidierung	2.1	10.115	0
Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva		-9.135	744
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva		2.271	910
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		4.366	4.956
Gezahlte Steuern	22	-64	3
Gezahlte Zinsen	21.6	-2.059	-2.377
Erhaltene Zinsen	21.6	7	18
Netto-Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		2.250	2.600
Investitionen in das Anlagevermögen	5 , 6	-60	-1.501
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	6	500	1.350
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		440	-151
Erwerb von Minderheitenanteilen	3	-231	-1.154
Zu-/ Abnahme von sonstigen Finanzkrediten		35	0
Abnahme von Bankverbindlichkeiten (netto)		-2.169	-1.312
Kosten Kapitalmassnahmen	12	-179	0
Auszahlung Ergebnisanteile Minderheitsgesellschafter		-31	-35
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-2.575	-2.501
Zahlungswirksame Veränderungen aus Geschäftstätigkeit		115	-52
Abgänge aus Entkonsolidierung		-3	0
Zahlungsmittel 01.01.		131	183
Zahlungsmittel 31.12.		243	131

Konzernanhang 2007

1. Informationen zum Unternehmen

Der Konzernabschluss der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (die „A.A.A. AG“) für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007 wurde am 28. April 2008 durch Beschluss des Vorstands zur Veröffentlichung freigegeben und wird dem Aufsichtsrat anschließend vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Die A.A.A. AG ist eine in Deutschland gegründete Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main (Deutschland), Gutleutstraße 175, deren Aktien am amtlichen Markt (General Standard) öffentlich gehandelt werden. Die A.A.A. AG ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRB 28852 eingetragen.

Die Hauptaktivitäten des Konzerns sind in Anhangangabe 4 beschrieben.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

2.1 Grundlagen der Erstellung des Abschlusses

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind u.a. die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien und die derivativen Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Der Konzernabschluss wird in Euro bzw. nach kaufmännischer Rundung in TEUR aufgestellt. Hierbei handelt es sich auch um die funktionale Währung des Konzerns. Geschäftsvorfälle in fremder Währung sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang entsprechend erläutert.

Nach IAS 1 und der Rechnungslegungs-Interpretation Nr. 1 (RIC 1) des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. wird beim Ausweis in der Bilanz zwischen lang- und kurzfristigen Vermögenswerten und Schulden unterschieden. Als kurzfristig werden Positionen angesehen, wenn sie innerhalb eines Jahres fällig sind oder einem Geschäftszyklus zugeordnet werden können. Pensionsrückstellungen und latente Steuern werden generell als langfristig ausgewiesen. Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode erstellt.

Der durch die A.A.A. AG gemäß § 315 a HGB aufgestellte gesetzliche IFRS-Konzernabschluss hat zusätzlich zu den von der EU übernommenen „International Financial Reporting Standards“ die in § 315 a HGB aufgeführten Vorschriften, insbesondere die dort normierten zusätzlichen Angabepflichten, zu beachten. Die gemäß § 315 a HGB zusätzlich zu beachtenden Angabepflichten sind unter Anhangangabe 30 aufgeführt.

Erklärung zur Übereinstimmung mit IFRS

Der Konzernabschluss der AAA Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (die „AAA AG“) und ihrer Tochterunternehmen (der „Konzern“) wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union EU anzuwenden sind, und den ergänzenden nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden Vorschriften, aufgestellt. Die Gesellschaft hat alle am Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden Standards des International Accounting Standards Board (IASB), London, angewendet. Die Bezeichnung IFRS umfasst auch die noch gültigen International Accounting Standards (IAS). Alle für das Geschäftsjahr 2007 verbindlichen Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) – vormals Standing Interpretations Committee (SIC) - wurden ebenfalls angewendet.

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss umfasst den Abschluss der A.A.A. AG und ihrer Tochterunternehmen zum 31. Dezember eines jeden Geschäftsjahres. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum gleichen Bilanzstichtag aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens.

Alle konzerninternen Salden, Transaktionen, Erträge, Aufwendungen sowie Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen, die im Buchwert von Vermögenswerten enthalten sind, werden in voller Höhe eliminiert.

Tochterunternehmen sind alle Unternehmen, über deren Finanz- und Geschäftspolitik der Konzern die Kontrolle hat. In der Regel besteht Kontrollmöglichkeit bei einem Stimmrechtsanteil von mehr als 50 %. Bei der Beurteilung, ob Kontrolle vorliegt, werden potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, welche aktuell ausübbar oder umwandelbar sind.

Tochtergesellschaften werden ab dem Erwerbszeitpunkt, d.h. ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, voll konsolidiert. Die Einbeziehung in den Konzernabschluss endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht.

Gemäß IFRS 3 entsprechen die Anschaffungskosten des Erwerbs dem Zeitwert der hingegebenen Vermögenswerte, ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und entstandenen bzw. übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt zuzüglich der dem Erwerb direkt zurechenbaren Kosten. Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses identifizierbare Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten werden bei der Erstkonsolidierung mit ihrem Zeitwert im Transaktionszeitpunkt bewertet.

Übersteigen die Anschaffungskosten der Anteile das zum Zeitwert bewertete erworbene anteilige Nettovermögen, so wird ein Geschäfts- oder Firmenwert angesetzt.

Sind die Kosten des Erwerbs geringer als das zum Zeitwert bewertete erworbene anteilige Nettovermögen des Tochterunternehmens, wird nach nochmaliger Überprüfung der Kaufpreisuordnung der Unterschiedsbetrag direkt ergebniswirksam erfasst.

Im März 2007 hat die A.A.A. AG die restlichen Minderheitsanteile an den Gesellschaften bürgerlichen Rechts Frankfurt Gutleutstraße, Heidelberger Str. 5-13, Berlin Potsdamer Str. 5, Hamburg Virchowstr. 23 und Kelkheim Fischbach hinzuerworben. Die Vermögensgegenstände und Schul-

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (vormals A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff von 1890)

Anlage 5

den dieser Gesellschaften sind damit im Wege der Anwachsung in das Vermögen der A.A.A. AG übergegangen. Ein aus dem Erwerb resultierender Unterschiedsbetrag in Höhe von T€ 30 wurde entsprechend der Bilanzierung im Vorjahr ertragswirksam gebucht.

Mit notariellen Kauf- und Abtretungsverträgen vom 14. Dezember 2007 hat die A.A.A. AG sämtliche Anteile an den Immobiliengesellschaften Grundstücksverwaltung Gutleutstraße GmbH, Grundstücksverwaltung Gutleutstraße 173 GmbH, GVM Grundstücksverwaltung Melsunger Metallwerk Melsmetall GmbH veräußert. Das Gewinnbezugsrecht für 2007 steht den Käufern zu. Die Übertragung der Anteile erfolgte mit wirtschaftlicher Wirkung zum 31. Dezember 2007, 24 Uhr. Die Entkonsolidierung hat sich wie folgt ausgewirkt:

	TEUR
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	38
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	15.900
Latente Steueransprüche	1.001
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	29
Zahlungsmittel	3
Vermögenswerte	16.971
Rückstellungen	578
Latente Steuerschulden	903
Darlehensverbindlichkeiten	5.863
Übrige Verbindlichkeiten	3.177
Schulden	10.521
Nettovermögen	6.450
Verlust aus Veräußerung/Entkonsolidierung	-242
Gesamtgegenleistung	6.208
Veräußerte Zahlungsmittel	3
Nettoabfluss an Zahlungsmitteln aus der Veräußerung	-3

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (vormals A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolf von 1890)

Anlage 5

In den Konzernabschluss einbezogen sind folgende Unternehmen:

Name der Gesellschaft	Sitz	Nominalkapital T€	Kapitalanteil %	Kapitalanteil T€
Mutterunternehmen:				
A. A. A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung	Frankfurt/M.	41.200		
Tochterunternehmen: (Vollkonsolidierung)				
Grundstücksverwaltung Voltenseestraße 2 GmbH	Frankfurt/M.	2.812	100,00	2.812
GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH	Frankfurt/M.	2.556	100,00	2.556
Verwaltungsgesellschaft für Industriegrundstücke mbH	Frankfurt/M.	767	100,00	767
GVW Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Straße 83 GmbH	Frankfurt/M.	2.500	100,00	2.500
Grundstücksverwaltung Gutleutstraße GmbH 3)	Frankfurt/M.	4.602	100,00	4.602
Grundstücksverwaltung Gutleutstraße 173 GmbH 3)	Frankfurt/M.	1.636	100,00	1.636
Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH	Frankfurt/M.	3.000	100,00	3.000
GVM Grundstücksverwaltung Melsunger Metallwerk Melsmetall GmbH 3)	Frankfurt/M.	3.068	100,00	3.068
Julius Kleemann Handel GmbH	München	51	100,00	51
Grundstücksverwaltung Chemnitz Annaberger Straße 231 GmbH	Frankfurt/M.	50	94,00	47
Grundstücksverwaltung Chemnitz Jagdschänkenstraße 17 GmbH	Frankfurt/M.	50	94,00	47
GbR Gutleutstraße 163 – 167 in Frankfurt am Main 4)	Frankfurt/M.	10.083	99,25	10.007
GbR Heidelberger Straße 9 – 13 in Frankfurt am Main 4)	Frankfurt/M.	5.482	99,25	5.441
GbR Sodener Straße 47a in Kelkheim-Fischbach 4)	Frankfurt/M.	1.350	99,00	1.337
GbR Virchowstraße 17-19 in Hamburg 4)	Frankfurt/M.	3.049	99,25	3.026
GbR Potsdamer Straße 90 in Berlin 4)	Frankfurt/M.	2.347	99,00	2.324
GbR Naxos-Union Grundstücks- verwaltungsgesellschaft	Frankfurt/M.	1.343	94,00	1.262

1) einschließlich Kapitalrücklage

2) davon 20 % Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH

3) zum 31.12.2007 veräußert und entkonsolidiert

4) Zukauf der restlichen Anteile zum 31.03.2007 danach in AAA AG

Minderheitsanteile werden gesondert vom Eigenkapital des Mutterunternehmens in der Gewinn- und Verlustrechnung und innerhalb des Eigenkapitals in der Konzernbilanz ausgewiesen. Minderheitsanteile für Personengesellschaften werden entsprechend IAS 32.18b hingegen als Fremdkapital ausgewiesen, weil dem Gesellschafter einer Personengesellschaft gem. § 723 BGB ein ordentliches Kündigungsrecht zusteht.

2.2 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen grundsätzlich den im Vorjahr angewandten Methoden.

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat neue Standards verabschiedet bzw. Änderungen bei bestehenden Standards vorgenommen, die seit dem 01.01.2007 verpflichtend anzuwenden sind. Daneben hat das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) neue Interpretationen (IFRIC) verabschiedet, die ebenfalls seit dem 01.01.2007 verpflichtend anzuwenden sind. Standards und Interpretationen sind in einem IFRS-Abschluss nach § 315a HGB erst anzuwenden, nachdem sie von der EU übernommen wurden.

Die erstmals für das Geschäftsjahr 2007 anzuwendenden neuen und überarbeiteten IFRS Standards und Interpretationen betreffen:

- IFRS 7 Finanzinstrumente: Angaben
- Änderungen zu IAS 1: Darstellung des Abschlusses
- IFRIC 7 Anwendung des Anpassungsansatzes unter IAS 29 – Rechnungslegung in Hochinflationenländern
- IFRIC 8 Anwendungsbereich von IFRS 2
- IFRIC 9 Neuurteilung eingebetteter Derivate
- IFRIC 10 Zwischenberichterstattung und Wertminderung

Am 18. August 2005 hat das International Accounting Standards Board (IASB) den Standard IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“ veröffentlicht. Die Übernahme durch die EU erfolgte am 11.1.2006. Dieser ersetzt den bestehenden IAS 30 und übernimmt aus dem IAS 32 sämtliche Vorschriften hinsichtlich Anhangsangaben. Ferner wurden in diesem Zusammenhang noch Änderungen bzw. Ergänzungen in IAS 1 hinsichtlich der Angabepflichten zum Kapital („capital disclosures“) vorgenommen. Der Standard führt zu einer grundlegenden Umstrukturierung der Offenlegungspflichten für Finanzinstrumente. Im Wesentlichen werden Angaben zu den Zielen, Methoden, Risiken, Sicherheiten und Prozessen des Managements gefordert. Die Offenlegungspflichten nach IFRS 7 sowie die geänderten Angabepflichten zum Kapitel nach IAS 1 wurden erstmals für das Berichtsjahr angewendet. Für die Gesellschaft haben die Neuregelungen des IFRS 7 keine Bewertungsänderungen zur Folge, jedoch resultieren hieraus detaillierte Anhangsangaben und ausführliche Darstellungen.

IFRIC 7 Anwendung des Anpassungsansatzes unter IAS 29 „Rechnungslegung in Hochinflationenländern“, IFRIC 8 Anwendungsbereich von IFRS 2 haben keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der IASB und das IFRIC haben weitere Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2007 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS setzt die zum Teil noch ausstehende Anerkennung durch die EU voraus.

- IFRIC 11 IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen (für Geschäftsjahre ab 1.3.2007)
- IFRS 8 Geschäftssegmente (für Geschäftsjahre ab 1.1.2009)
- IAS 1 (revised 2007) Darstellung des Abschlusses – Eine überarbeitete Darstellung (für Geschäftsjahre ab 1.1.2009)
- Änderungen zu IAS 23 Fremdkapitalkosten (für Geschäftsjahre ab 1.1.2009)
- IFRIC 12 Service Concession Arrangements (für Geschäftsjahre ab 1.1.2008)
- IFRIC 13 Customer Loyalty Programmes (für Geschäftsjahre ab 1.1.2008)
- IFRIC 14 IAS 19 – The Limit of a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction (für Geschäftsjahre ab 1.1.2008)
- IFRS 3 (revised 2008) Business Combinations
- IAS 27 (revised 2008) Consolidated and Separate Financial Statements

Auf Basis der bisherigen Tätigkeit ist davon auszugehen, dass die erstmalige Anwendung dieser Vorschriften voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der A.A.A. AG haben wird.

2.3 Anpassungen von Vorjahresbeträgen

Wertänderungen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien wurden bisher nur dann durchgeführt, wenn es sich um eine wesentliche Wertänderung gehandelt hat. Im Geschäftsjahr 2007 wird erstmals von dieser Bilanzierungsmethode abgewichen und Wertänderungen werden unabhängig von Wesentlichkeitsüberlegungen durchgeführt. Zur Sicherstellung einer periodengerechten Ergebnisdarstellung haben wir deshalb im Vorjahr aus Wesentlichkeitsüberlegungen nicht berücksichtigte Wertänderungen der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Höhe von insgesamt T€ 498 auf Konzernebene retrospektiv erfasst. Auswirkungen auf die latenten Steuern haben sich hieraus nicht ergeben. Die entsprechenden Vorjahrespositionen werden angepasst. Die Auswirkungen im Einzelnen zeigt die folgende Übersicht:

Posten:	Ausweis Vorjahr T€	Angepasster Vorjahreswert T€	Differenz T€
Als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	106.165	105.667	-498
Ertrag aus der Veränderung der beizulegenden Zeitwerte	984	486	-498
Finanzierungsaufwendungen	2.420	2.440	20
Ergebnis vor Steuern	1.858	1.340	-518
Konzernergebnis	2.147	1.629	-518
Minderheitenanteile	6	3	3
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,13	0,10	-0,03
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,11	0,08	-0,03

2.4 Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Die Aufstellung des Konzernabschlusses unter Beachtung der IFRS erfordert bei verschiedenen Positionen, dass Annahmen getroffen, Ermessen ausgeübt und Schätzungen vorgenommen werden, die sich auf Höhe und Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualforderungen und –verbindlichkeiten auswirken können. Die tatsächlichen Beträge können daher von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Schätzungen und Annahmen sind insbesondere erforderlich bei:

- der Beurteilung der Notwendigkeit sowie der Höhe außerplanmäßiger Abschreibungen oder Wertberichtigungen auf Sachanlagen und finanzielle Vermögenswerte,
- der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien und finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten,
- Diskontierungszins und übrige Bewertungsparameter bei den Pensionsrückstellungen,
- dem Ansatz und der Bemessung der Rückstellungen ,
- sowie bei der Aktivierung bzw. Nichtaktivierung von Fremdkapitalzinsen,
- der Ermittlung der Realisierbarkeit aktiver latenter Steuern.

Sämtliche Schätzungen und Annahmen basieren auf den Verhältnissen und Beurteilungen am Bilanzstichtag. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Schätzungen und Annahmen auszugehen.

Für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien wurden zum Stichtag 15. Oktober 2007 neue Bewertungsgutachten von externen Sachverständigen nach dem Ertragswertverfahren (Verkehrswerte gemäß § 194 BauGB) erstellt. Die Werte wurden soweit erforderlich auf den Stichtag 31.12.2007 fortgeschrieben. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wurden ausgehend von der nachhaltig erzielbaren Miete in der Regel folgende Schätzungen verwendet: Bodenrichtwerte gemäß Gutachterausschuss der jeweiligen Kommune, Verwaltungskosten zwischen 2 % und 3 % des Rohertrages, nicht umlegbare Betriebskosten zwischen 0 % und 1 % des Rohertrages, Mietausfallrisiko zwischen 3 % und 4 % des Rohertrages, durchschnittliche Instandhaltungskosten zwischen EUR 3,50/qm und EUR 10,00/qm, Liegenschaftszinsen zwischen 5,5 % und 7 %, wirtschaftliche Restnutzungsdauer der Immobilie, Vollvermietung innerhalb von 2 Jahren.

Auf eine Sensitivitätsanalyse wurde verzichtet, da bei der Anwendung des Ertragswertverfahrens sich die nachhaltig erzielbaren Mieten und die zugrunde gelegten Liegenschaftszinsen nicht signifikant verändern.

Schätzungen enthalten Annahmen über die Zukunft, die nicht immer in dem erwarteten Ausmaß eintreten. Schätzunsicherheiten, die zu einem bedeutenden Risiko einer wesentlichen Anpassung von Buchwerten innerhalb des Geschäftsjahres 2008 führen würden, bestanden zum 31. Dezember 2007 nicht.

Darüber hinaus wurden Ermessensentscheidungen bei folgenden Sachverhalten ausgeübt:

- Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten der Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste.
- Bei Immobilien ist zu bestimmen, ob sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Ist das der Fall, sind die Immobilien als „Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte“ auszuweisen.

2.5 Zusammenfassungen wesentlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die immateriellen Vermögenswerte umfassen Lizenzen und Nutzungsrechte (Software). Diese werden zu ihren fortgeführten Anschaffungskosten erfasst, soweit abnutzbar werden sie linear über eine geschätzte Nutzungsdauer von 3 - 5 Jahren abgeschrieben. Immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmbaren Nutzungsdauer sind nicht vorhanden.

Sachanlagen sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt.

Die Anschaffungskosten beinhalten alle Ausgaben, die direkt dem Erwerb zurechenbar sind.

Bei den abnutzbaren Vermögenswerten des Sachanlagevermögens erfolgt die Abschreibung linear unter Annahme der folgenden geschätzten Nutzungsdauern:

Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 13 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	3 bis 10 Jahre

Die Restbuchwerte und wirtschaftlichen Nutzungsdauern werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Gewinne und Verluste aus den Abgängen von Immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen werden als Unterschiedsbetrag zwischen den Veräußerungserlösen und dem Buchwert ggf. abzüglich direkt zurechenbarer Veräußerungskosten ermittelt und erfolgswirksam erfasst.

Wertminderung von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten

Vermögenswerte, die einer planmäßigen Abschreibung unterliegen, werden auf Wertminderungsbedarf geprüft, wenn entsprechende Ereignisse bzw. Änderungen der Umstände anzeigen, dass der Buchwert nicht mehr erzielbar erscheint. Zu diesem Zweck werden Grundstück und Gebäude zusammengefasst als zahlungsmittelgenerierende Einheit betrachtet. Ein Wertminderungsverlust wird in der Höhe des den erzielbaren Betrag übersteigenden Buchwertes erfasst. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem Zeitwert des Vermögenswerts abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert.

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Immobilien werden dem Bestand der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien zugeordnet, wenn sie zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und der Anteil der Selbstnutzung 10 % bezogen auf die Mietfläche nicht übersteigt. Andernfalls wird die Immobilie den Sachanlagen zugeordnet.

Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien werden bei der erstmaligen Bewertung zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich der dem Erwerb direkt zurechenbarer Nebenkosten bewertet. Im Rahmen der Folgebewertung werden die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien zu ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert spiegelt die Marktbedingungen am Bilanzstichtag wider. Wegen der besseren Vergleichbarkeit hat sich die A.A.A. AG für dieses Modell entschieden. Hierzu wurden für alle Grundstücke Gutachten von externen Sachverständigen nach anerkannten Richtlinien erstellt. Die Berechnungen sind Ertragswertrechnungen, die auf Basis aktueller Mietlisten unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätze erstellt wurden. Veränderungen der Werte zwischen den Bilanzstichtagen werden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden ausgebucht, wenn sie abgehen oder wenn sie dauerhaft nicht mehr genutzt werden und kein künftiger wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Gewinne und Verluste aus der Stilllegung oder dem Abgang von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden erfolgswirksam im Jahr der Stilllegung oder Veräußerung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte

Die bilanzierten finanziellen Vermögenswerte werden grundsätzlich in die folgenden Kategorien unterteilt:

- "Kredite und Forderungen"
- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte

Bei den "Kredite und Forderungen" (Forderungen, aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen) handelt es sich um nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden anfänglich zum beizulegenden Zeitwert, welcher in der Regel den Anschaffungskosten entspricht, unter Berücksichtigung von Transaktionskosten und an den Folgestichtagen zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Der Konzern ermittelt an jedem Bilanzstichtag, ob eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Liegen objektive substantielle Hinweise vor, dass der Konzern nicht in der Lage sein wird, die Forderungen einzuziehen, werden diese mit dem niedrigeren realisierbaren Betrag angesetzt. Neben den erforderlichen Einzelwertberichtigungen werden bei erkennbaren Risiken aus dem allgemeinen Kreditrisiko pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet.

Bei Forderungen, aus Lieferungen und Leistungen wird angenommen, dass der Nominalbetrag abzüglich Wertberichtigungen dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Forderungen werden ausgebucht, sobald sie uneinbringlich sind.

Verringert sich die Höhe der Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die früher erfasste Wertberichtigung rückgängig gemacht. Eine anschließende Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst, soweit der Buchwert des Vermögenswerts zum Zeitpunkt der Wertaufholung nicht die fortgeführten Anschaffungskosten übersteigt.

Kassenbestände und Bankguthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert ausgewiesen, der aufgrund der Kurzfristigkeit dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

Derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert) angesetzt. Der Marktwert von Zinsswaps und Zinscaps bestimmt sich durch Abzinsung der erwarteten künftigen Zahlungsströme über die Restlaufzeit des Kontrakts auf Basis aktueller Marktzinsen oder Zinsstrukturkurven. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes dieser Derivate werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Voraussetzungen für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen liegen nicht vor.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Verzinsliche **Darlehensverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und übrige Verbindlichkeiten** werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung abzüglich der mit der Kreditaufnahme verbundenen Transaktionskosten bewertet. Nach der erstmaligen Erfassung werden die verzinslichen Darlehen anschließend unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Differenzen bei den Verbindlichkeiten zwischen dem Auszahlungsbetrag (nach Abzug der Transaktionskosten) und dem Rückzahlungsbetrag werden über die Laufzeit des Darlehensvertrages grundsätzlich unter Anwendung der Effektivzinsmethode (Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes) verteilt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Gewinne und Verluste werden ebenfalls im Periodenergebnis erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden sowie im Rahmen von Amortisationen.

Bei Verbindlichkeiten, aus Lieferungen und Leistungen sowie übrigen Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der Nominalbetrag abzüglich Wertberichtigungen dem beizulegenden Zeitwert entspricht

Verbindlichkeiten werden als langfristig klassifiziert, sofern der Vertrag eine Tilgung nach 12 Monaten vorsieht.

Zu **passivierende Derivate** werden zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert) angesetzt. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes dieser Derivate werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Langfristige Vermögenswerte, die im Wege eines Grundstückskaufvertrages im gegenwärtigen Zustand verkauft werden sollen, werden entsprechend IFRS 5 gesondert ausgewiesen, sofern ein Verkauf in den nächsten 12 Monaten höchstwahrscheinlich ist.

Die Bewertung der zur Einzelveräußerung bestimmten Vermögenswerte erfolgt unmittelbar vor der Umklassifizierung nach den bisher einschlägigen Vorschriften. Im Anschluss werden – mit Ausnahme der nach dem Modell des beizulegenden Zeitwertes bewerteten als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien - die so ermittelten Buchwerte den Nettozeitwerten (beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) des Vermögenswertes bzw. der Veräußerungsgruppe gegenübergestellt. Der Ansatz erfolgt zu dem jeweils niedrigeren Wert aus Buchwert und Nettozeitwert. Bei der Folgebewertung einzelner zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte werden nur noch Änderungen des Nettozeitwerts ggf. berücksichtigt.

Pensionsrückstellungen

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach dem in IAS 19 vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne durch einen externen Versicherungsmathematiker. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Grundlage der Pensionsverpflichtungen bilden zwei Einzelzusagen für laufende Leistungen. Des Weiteren bestehen Unterstützungszusagen gegenüber früheren Mitarbeitern der Seilwollf AG. Da der Unterstützungsverein der Seilwollf AG e.V. aufgelöst wurde, hat das Trägerunternehmen die Verpflichtungen für die gegebenen Versorgungszusagen übernommen.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und übrige Verpflichtungen werden gebildet, wenn der Konzern gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Außenverpflichtung hat und es wahrscheinlich ist, dass die Begleichung der Verpflichtung zu einem Nutzenabfluss führen wird und die Höhe der Rückstellung verlässlich bestimmbar ist.

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen erfolgt nach IAS 37 und IAS 19 mit der bestmöglichen Schätzung des Verpflichtungsumfangs. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Eventualschulden werden im Konzernabschluss nicht bilanziert; sie werden jedoch im Konzernanhang angegeben, sofern der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen möglich ist. Eventualforderungen werden ebenfalls nicht im Konzernabschluss bilanziert; sie werden jedoch im Konzernanhang angegeben, wenn der Zufluss wirtschaftlichen Nutzens möglich ist.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis ist oder enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt.

Konzern als Leasinggeber

Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen beim Konzern verbleiben, werden als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert. Die abgeschlossenen Mietverträge werden nach IFRS 17 als Operating-Leasingverhältnisse eingestuft. Entsprechend ist der Konzern Leasinggeber in einer Vielzahl von Operating-Leasingverhältnissen (Mietverhältnissen) seiner als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien, aus denen er den überwiegenden Teil seiner Einnahmen und Erträge erzielt. Einige Verträge mit fester Laufzeit sehen Verlängerungsoptionen des Mieters vor. Kaufoptionen der Mieter bestehen in einem Fall.

Ertragsrealisierung

Erträge werden erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann. Erträge sind zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung zu bemessen. Skonti, Rabatte sowie Umsatzsteuer oder andere Abgaben bleiben unberücksichtigt. Darüber hinaus setzt die Ertragsrealisierung die Erfüllung nachfolgend aufgelisteter Ansatzkriterien voraus.

Die Umsatzerlöse umfassen

- Nettomieten,
- Mietnebenkosten,
- Dienstleistungen.

Ertragsrealisierungen bei Veräußerungsgeschäften (z. B. bei als Finanzanlagen gehaltenen Immobilien) werden vorgenommen, wenn

- alle wesentlichen wirtschaftlichen Chancen und Risiken im Zusammenhang mit dem Eigentum auf den Erwerber übertragen wurden,
- der Veräußerer keine Verfügungsrechte oder wirksame Verfügungsmacht über den Verkaufsgegenstand zurückbehält und
- die Höhe der Erlöse sowie die im Zusammenhang mit dem Verkauf tatsächlich angefallenen oder noch anfallenden Kosten verlässlich bestimmt werden können, hinreichend wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der wirtschaftliche Nutzen aus dem Verkauf zufließen wird.

Zinserträge und -aufwendungen werden periodengerecht unter Berücksichtigung der Anlage- bzw. erhaltenen Darlehensbeträge und der aufgrund vertraglicher Vereinbarung anzuwendenden Zinssätze abgegrenzt.

Erlöse aus Dienstleistungen (u.a. Weiterverrechnung von Betriebskosten) werden entsprechend dem Leistungsfortschritt realisiert, wobei dieser nach der „cost-to-cost“-Methode ermittelt wird.

Steuern

Tatsächliche Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufenden und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zu Grunde gelegt, die am Bilanzstichtag gelten.

Latente Steuern

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode. Latente Steueransprüche und -schulden werden für temporäre Differenzen zwischen der Steuerbasis der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihren Buchwerten im IFRS- Abschluss angesetzt.

Latente Steueransprüche für temporäre Differenzen und auch für steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, mit der es wahrscheinlich ist, dass die temporäre Differenz bzw. die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste gegen ein künftiges positives steuerliches Einkommen verwendet werden können.

Latente Steueransprüche und -schulden werden unter Anwendung der Steuersätze und der Gesetze, die am Bilanzstichtag bereits gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung des latenten Steueranspruchs bzw. der Begleichung der latenten Steuerschuld erwartet wird, bewertet. Für alle Konzerngesellschaften sind die latenten Steuern nur mit dem einheitlichen Körperschaftsteuersatz und dem Solidaritätszuschlag berechnet. Die Gesellschaften machen von der erweiterten Kürzung für Grundstücksunternehmen Gebrauch, so dass keine Gewerbesteuer anfällt.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftiges zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruches ermöglicht.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjektes beziehen, die von derselben Steuerbehörde erhoben werden.

Für die Berechnung der latenten Steuern wurde bislang ein Steuersatz von durchschnittlich 26,38 % angewandt, der dem einheitlichen Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag entsprach. Für die Ermittlung der latenten Steuern ab 2008 wird nach dem Unternehmenssteuerreformgesetz ein Steuersatz von 15,83 % verwendet. Die Auswirkungen aus der Steuersatzänderung sind in der steuerlichen Überleitungsrechnung dargestellt.

Fremdkapitalzinsen

Die Erfassung der Fremdkapitalzinsen erfolgte nach der derzeit noch zulässigen Benchmark-Methode. Nach dieser wurden die Fremdkapitalzinsen in vollem Umfang in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

Ab dem Geschäftsjahr 2009 werden die Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, Bau oder der Herstellung von qualifizierten Vermögenswerten zugeordnet werden können, als Teil der Anschaffungs- und Herstellungskosten dieses Vermögenswertes aktiviert.

3. Unternehmenszusammenschlüsse und Erwerb von Minderheitsanteilen

Bei fünf GbR Gesellschaften (Gutleutstraße und Heidelberger Straße in Frankfurt/Main, Potsdamer Str. in Berlin, Sodener Straße in Kelkheim sowie Hamburg Virchowstraße) wurden die restlichen Minderheitsanteile von jeweils 0,75% bzw. 1 % für insgesamt T€ 231 hinzugewonnen. Die aus der Konsolidierung resultierenden Unterschiedsbeträge von T€ 30 wurden entsprechend dem Vorjahr als Ertrag verbucht.

4. Segmentberichterstattung

Der Konzern hat wie im Vorjahr nur den Geschäftsbereich Portfoliomanagement. Insofern entfällt eine Aufgliederung in einzelne Geschäftsbereiche. Der Konzern vermietet Immobilien in Deutschland, dabei im Wesentlichen im Raum Frankfurt am Main. Eine Aufgliederung nach den Standorten der einzelnen Liegenschaften wäre nicht aussagefähig.

Als Zusatzinformation geben wir nachstehend die vermietete Flächen und Umsatzerlöse, aufgeteilt nach der Nutzung der Immobilien:

2006	Industrieflächen	Büro- und Serviceflächen	Wohnraum
Mietflächen (qm)	46.745	29.971	4.626
Umsatzerlöse (T€)	2.207	3.989	291
2007	Industrieflächen	Büro- und Serviceflächen	Wohnraum
Mietflächen (qm)	46.214	24.686	3.187
Umsatzerlöse (T€)	2.304	3.763	401

Für die Zuordnung zu den einzelnen Objekten verweisen wir auf die unter 6. enthaltene Übersicht.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

5. Sachanlagevermögen

	2007	2006
Anschaffungskosten		
Stand 01.01.	650.630,03	589.114,25
Zugänge	3.951,82	61.515,78
Abgänge	-254.729,90	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Stand 31.12.	399.851,95	650.630,03
Abschreibungen		
Stand 01.01.	529.805,85	511.093,73
Zugänge	25.442,48	18.712,12
Abgänge	-217.152,90	0,00
Stand 31.12.	338.095,43	529.805,85
Buchwerte 31.12.	61.756,52	120.824,18

6. Als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien

	2007	2006
Stand 01.01.	105.666.777,87	103.741.427,18
Zugang aus Erstkonsolidierung	0,00	0,00
Zugang Gutleutstraße 173	0,00	1.302.427,38
Zugänge (nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten)	56.389,77	137.350,69
Abgänge	-16.400.000,00	0,00
Umgliederung	-4.000.000,00	0,00
Nettogewinne/-verluste aus der Anpassung auf den beizulegenden Zeitwert	1.133.632,36	485.572,62
Stand 31.12.	86.456.800,00	105.666.777,87

Die ermittelten beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien basieren auf Bewertungen von unabhängigen Sachverständigen in Übereinstimmung mit internationalen Bewertungsstandards auf Grundlage von Vergleichspreisen oder abgezinsten künftigen Einnahmeüberschüssen. Die Wertveränderungen, die sich aus der jährlichen Überprüfung der Bewertungen ergeben, wurden erfolgswirksam verbucht.

Die Abgänge des Geschäftsjahres entfallen mit T€ 500 auf die im Geschäftsjahr veräußerten unbauten Grundstücke in Kelkheim Fischbach der Restbetrag entfällt auf die drei zum Bilanzstichtag entkonsolidierten Gesellschaften. Die Umgliederung betrifft das Grundstück in München, das nach Abschluss des Notariellen Vertrages unter den zur Veräußerung bestimmten Vermögensgegenständen ausgewiesen wird. Die Übergabe von Nutzen und Lasten erfolgt in 2008.

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (vormals A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolf von 1890)

Anlage 5

Die folgende Übersicht zeigt die im Konzern ausgewiesenen als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien:

Belegenheitsort	Bestand seit	Grundstücksfläche gesamt	Vermietbare Flächen				Reserve-/ Entwicklungsflächen
			Büro / Service	Fabrik/ Lager	Freiflächen/ Parkplätze	Wohnungen	
		qm	qm	qm	qm	qm	qm
Gutenbergstr. 26-30 Reinbek	1989	14.309	1.494	3.998	8.040	-	1.000
Voltenseestr. 2 Frankfurt/Main	1988	5.838	4.106	623	1.538	-	1.000
Sossenheim Frankfurt/ Main	1988/92/96	3.406				-	3.406
Wächtersbacher Str. 83 Frankfurt/Main	1991	8.760	5.779	290	3.509	-	3.797
Gutleutstr. 163 - 167 Frankfurt/Main	1988	1.038	3.225	113	350	-	-
Heidelberger Str. 9 - 13 Frankfurt/ Main	1988 1989	2.036 277	2.040	2.393		1.716 582	- -
Virchowstr. 17-19 Hamburg	1988	2.313	4.156	534	600		1.000
Potsdamer Str. 90 Berlin	1988	1.273	712	316	312	1.131	-
Orber Straße Frankfurt/ Main	1994	60.382	864	14.500	7.300	-	38.582
Annaberger Straße 231 Chemnitz	2005	35.527	10.375	3.339	1.000	-	10.200
Jagdschänkenstr. 17 Chemnitz	2005	51.054	2.874	16.681	5.604	-	15.900
Gesamt		186.213	35.625	42.787	28.253	3.429	74.885
Vorjahr		224.068	40.298	45.974	37.327	4.919	97.050

Die Leerstandsquote der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien lag im zurückliegenden Geschäftsjahr zwischen 0 % und 73 %.

7. Immaterielle Vermögenswerte

Anschaffungskosten	2007	2006
Stand 01.01.	5.222,28	5.222,28
Zugänge aus Erstkonsolidierung	0,00	0,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Stand 31.12.	5.222,28	5.222,28
Abschreibungen		
Stand 01.01.	5.221,77	5.221,77
Zugänge aus Erstkonsolidierung	0,00	0,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Stand 31.12.	5.221,77	5.221,77
Buchwerte 31.12.	0,51	0,51

Es handelt sich ausschließlich um entgeltlich erworbene Software, die über Nutzungsdauern von 3 Jahren nach der linearen Methode abgeschrieben wird.

8. Latente Steueransprüche und -schulden

Die latenten Steueransprüche und –schulden stellen sich wie folgt dar:

	2007		2006	
	Aktiv	Passiv	Aktiv	Passiv
Neubewertung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien auf den beizulegenden Zeitwert		4.196.600,00		7.927.650,00
Steuerliche Verlustvorräte auf Neubewertung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	4.058.920,00		7.762.300,00	
Übrige steuerliche Verlustvorräte	169.500,00		563.630,00	
Latente Steuern auf Unterschiede in der Pensionsrückstellung	1.700,00		54.100,00	
Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern	-4.058.920,00	-4.058.920,00	-7.762.300,00	-7.762.300,00
Bilanzansatz	171.200,00	137.680,00	617.730,00	165.350,00

Latente Steuerschulden waren für die Unterschiedsbeträge aus der Neubewertung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien zu bilden. Dem gegenüber stehen aktive latente Steueransprüche aus der Nutzung der Verlustvorräte und der Unterschiede bei den Pensionsrückstellungen. Die aktiven latenten Steuern wurden, soweit sie die Neubewertungen betreffen, mit den entsprechenden passiven Steuerschulden saldiert. Der Ausweis der passiven latenten Steuern entfällt auf die Minderheitsbeteiligung an den Chemnitzer Gesellschaften sowie einen geringen Betrag für die AG der nicht mehr durch Verlustvorräte gedeckt ist.

Auf die nutzbaren steuerlichen Verluste wurden lediglich Körperschaftsteuer mit 15 % und Solidaritätszuschlag von 5,5 % gerechnet. Gewerbesteuer fällt durch die Grundstücksverwaltende Tätigkeit nicht an. Im Geschäftsjahr 2007 erfolgte die Anpassung an die ab 2008 geltenden niedrigere Körperschaftsteuer.

9. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte

	2007			2006		
	langfristig	kurzfristig	Gesamt	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	257.132,89	237.132,89	0,00	180.971,78	180.971,78
Derivat	0,00	2.714,72	2.714,72	0,00	0,00	0,00
Sonstige Vermögenswerte	0,00	9.505.298,04	9.505.298,04	0,00	478.266,91	478.266,91
	0,00	9.765.145,65	9.745.145,65	0,00	659.238,69	659.238,69

Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden in Höhe von T€ 21 (Vj. T€ 96) vorgenommen.

Der beizulegende Zeitwert des Derivates (Zins-Cap) wurde durch die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG aufgrund eigener Modelle unter zu Grundlegung der Marktmittelkurse zum Bilanzstichtag ermittelt („mark to market“-Bewertung). Der im Vorjahr nicht berücksichtigte Wert betrug € 3.348,48. Es handelt sich um die Zinsbegrenzung auf 6 % für ein Darlehen, das auf der Basis 3 Monats-Euribor verzinst wird. Der Darlehensvertrag läuft bis zum 30.12.2014.

Der Anstieg der sonstigen Vermögenswerte gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den Kaufpreiserforderungen (T€ 6.208) für die zum Bilanzstichtag veräußerten Gesellschaften und Darlehen (T€ 3.090) an die Naxos Schmirgelwerk Mainkur GmbH, Frankfurt am Main, und die Günther Rothenberger Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Aufgrund der kurzfristigen Fälligkeit entsprechen die beizulegenden Zeitwerte bei allen Forderungen und sonstigen Vermögenswerten den Buchwerten.

Der Konzern ist aus dem operativen Geschäft einem Ausfallrisiko ausgesetzt. Die Außenstände bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen insbesondere Mieten und Nebenkosten und werden zentral fortlaufend überwacht. Ausfallrisiken wird mittels Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die maximale Ausfallsumme wird durch die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte abzüglich enthaltener Umsatzsteuer wiedergegeben. Sicherheiten für die laufenden Mietforderungen bestehen aus hinterlegten Kautionen (T€ 225) sowie dem allgemeinen Vermieterpfandrecht. Hinsichtlich der Forderungen aus der Veräußerung der Gesellschaften und Forderungen wurden entsprechende Sicherheiten in den Kaufverträgen vereinbart. Zum Bilanzstichtag wurden von der Gesellschaft keine wesentlichen Ausfallrisiken identifiziert. Ende Januar 2008 waren die Forderungen aus den Verkäufen (T€ 9.298) ausgeglichen.

10. Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Im Oktober 2007 wurde ein Kaufvertrag für das Grundstück München Pelkovenstraße abgeschlossen. Wirtschaftlicher Eigentumsübergang ist erst in 2008. Entsprechend IAS 5 wurde das Objekt aus den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien umgegliedert. Die Bewertung erfolgt zum Verkaufspreis. Kosten des Verkaufes, die vom Verkäufer zu tragen sind, waren nicht abzusetzen.

Der Verkaufspreis entspricht dem beizulegenden Zeitwert; ein Gewinn wurde insofern nicht erzielt.

11. Zahlungsmittel

Hier werden Kontokorrentguthaben ausgewiesen, die nicht verzinst werden sowie eine Tagesgeldanlage von T€ 200, die mit 3,9 % verzinst wird.

Die Zahlungsmittel sind frei verfügbar.

12. Eigenkapital

Einzelheiten können dem Konzerneigenkapitalsspiegel entnommen werden. Das Grundkapital der A.A.A. AG beträgt zum Bilanzstichtag € 41.200.000,00, eingeteilt in 19.741.379 auf den Inhaber lautende Stückaktien.

	Stück
Stand 01.01.2007	16.954.236
Sachkapitalerhöhung vom 23.11.2006 (eingetragen am 18.01.2007)	2.787.143
Stand 31.12.2007	19.741.379

Aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 27.08.2007 und nach Eintragung in das Handelsregister am 09.11.2007 besteht ein genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 27. August 2012 das Grundkapital durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu € 20.600.000,00 zu erhöhen. Die Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien kann dabei gegen Bar- und/oder Sacheinlagen erfolgen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates

- a) Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
- b) das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder sonstiger Vermögensgegenstände erfolgt;
- c) das Bezugsrecht der Aktionäre bei ein- oder mehrmaliger Ausnutzung des Genehmigten Kapitals bis zu einem Kapitalerhöhungsbetrag auszuschließen, der 10 % des zum Zeitpunkt der Erteilung und des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung sowie des zum Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet, um die neuen Aktien gegen Bareinlage zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum

Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden.

Über den Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Bedingungen der Aktienaussgabe einschließlich des Ausgabebetrages entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

In dem Posten Kapitalrücklage sind die Transaktionskosten aus der Börsenzulassung der neuen Anteile (gemindert um die damit verbundenen Ertragsteuervorteile von T€ 64) in Höhe von T€ 179 ergebnisneutral erfasst worden. Daneben wurden € 605,47 aus der Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB entnommen.

Die Minderheitsanteile betreffen die Anteile Fremder an den beiden Gesellschaften in Chemnitz. Neben den Anteilen am Kapital und am Ergebnis sind hier auch die Anteile aus der Neubewertung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien erfasst.

13. Minderheitsanteile an Personengesellschaften

Hier werden die Anteile der Minderheitsgesellschafter an der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltung ausgewiesen. Hiermit wird den Vorschriften des z.Z. geltenden IAS 32 - Finanzinstrumente - Rechnung getragen. Die Bewertung erfolgt entsprechend den Regelungen des Gesellschaftsvertrages mit dem beizulegenden Zeitwert, auf welchen sich der Abfindungsanspruch ausscheidender Gesellschafter richtet. Die auf die Minderheitsgesellschafter entfallenden Veränderungen des Abfindungsanspruchs werden erfolgswirksam im Finanzergebnis erfasst.

14. Verzinsliche Darlehen

T€	2007			2006		
	langfristig	kurzfristig	Gesamt	langfristig	kurzfristig	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
festverzinslich	13.785	16.214	29.999	31.981	5.790	37.771
variabel verzinslich	1.098	178	1.276	1.194	341	1.535
	14.883	16.392	31.275	33.175	6.131	39.306

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stellen sich wie folgt dar:

T€	2007			2006		
	variabel	festverzinslich	Gewichteter Zinssatz %	variabel	festverzinslich	Gewichteter Zinssatz
< 1 Jahr	178	16.214	5,62	341	5.790	5,60
1 – 2 Jahre	104	904	5,47	96	2.026	5,51
2 – 3 Jahre	108	899	5,47	104	1.974	5,51
3 – 4 Jahre	108	6.295	5,47	108	2.103	5,51
4 – 5 Jahre	108	1.511	5,47	108	7.611	5,51
Über 5 Jahre	670	4.176	5,47	778	18.267	5,51

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind alle grundpfandrechtlich bzw. durch Abtretung von Rechten aus Mietverhältnissen besichert:

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Die beizulegenden Zeitwerte der kurzfristigen verzinslichen Darlehen entsprechen im Wesentlichen den Buchwerten.

Bei den langfristigen Verbindlichkeiten handelt es sich um objektbezogene, festverzinsliche (Zinssätze zwischen 4,95 % und 6,5 % p.a.) bzw. um variable verzinsliche (EURIBOR + Marge) Darlehen. Die Darlehen sind durch Grundschulden und Abtretungen von Rechten und Pflichten aus der Vermietung bezogen auf die jeweilige Immobilie besichert. In Anlehnung an IFRS 7.30a wird von der Angabe des beizulegenden Zeitwertes der langfristigen Verbindlichkeiten abgesehen, da dieser nicht verlässlich ermittelt werden kann. Der beizulegende Zeitwert der vorliegenden langfristigen Darlehen wird im Wesentlichen neben dem künftigen Marktzins auch durch die Bonität der Gesellschaft sowie durch den beizulegenden Zeitwert bzw. der Vermietung der als Kreditsicherheit dienenden Immobilie individuell bestimmt. Ein aktiver Markt für derartige Verbindlichkeiten liegt im Übrigen nicht vor. Durch die Verwendung solcher mit Schätzungen verbundener Parameter sehen wir eine verlässliche Berechnung des beizulegenden Zeitwertes als nicht möglich an.

Bei der Tilgung von Darlehen und den Zinszahlungen gab es keine Verzögerungen und Ausfälle. Es haben sich auch keine Verstöße gegen Darlehensvereinbarungen ergeben.

Eingebettete Derivate (z.B. Kreditverträge mit Verlängerungsoptionen) liegen nicht vor.

15. Pensionsrückstellungen

Den versicherungsmathematischen Berechnungen der Versorgungsverpflichtungen und des Pensionsaufwands wurden folgende Parameter zugrunde gelegt:

	2007	2006
Abzinsungssatz	5,34 %	4,0 %
Pensionsalter	65 Jahre	65 Jahre
Rentendynamik	1 % p.a.	1 % p.a.
Rechnungsgrundlagen	Richttafeln 2005 G	Richttafeln 2005 G
	nach Dr. Klaus Heubeck	nach Dr. Klaus Heubeck

	2007	2006
Darstellung der Veränderung in der Bilanz gemäß (IAS 19.120 (e))		
Stand 01.01.	943.707,00	969.970,00
Aufwand der Periode	0,00	46.141,88
Zahlungen an Pensionäre während der Periode	-225.110,38	-72.404,88
Auflösung	-574.690,62	0,00
Stand 31.12.	143.906,00	943.707,00

Die Auflösungsbeträge - insbesondere begründet aus der im Geschäftsjahr erfolgten Abfindung eines Berechtigten - werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

16. Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2006 wie folgt entwickelt:

	01.01.07	Zuführung	Verbrauch	Erwerb von Tochterunternehmen	31.12.07
Betriebsprüfung (Vermögensteuer)	164.444,30	211,00	0,00	0,00	164.655,30
Rechtsstreitigkeiten	20.000,00	60.500,00	20.000,00	0,00	60.500,00
Sonstige	195.000,00	0,00	30.000,00	0,00	165.000,00
	379.444,30	60.711,00	50.000,00	0,00	390.155,30

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Kosten für die zum Teil bereits beauftragte Dekontaminierung des Grundstückes Jagdschänkenstr. 17 in Chemnitz. Die voraussichtlichen Kosten wurden entsprechend einem vorliegenden Gutachten in 2006 eingestellt.

17. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten

T€	2007			2006		
	langfristig	kurzfristig	Gesamt	langfristig	kurzfristig	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	482	482	0	558	558
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	4.667	4.667	0	0	0
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	0	17	17	0	183	183
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	0	393	393	0	129	129
Sonstige Verbindlichkeiten	117	544	661	124	2.827	2.951
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)		(0)			(11)	
	117	6.103	6.220	124	3.697	3.821

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (vormals A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolf von 1890)

Anlage 5

Die ausgewiesenen Buchwerte entsprechen den beizulegenden Zeitwerten. In den sonstigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Kautionen ausgewiesen.

18. Zusatzangaben nach IFRS 7

Die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten lassen sich in Bewertungskategorien mit den folgenden Buchwerten und Fair Values untergliedern:

2007 (TEUR)	Bewertungskategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2007	Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgswirksam	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Fair Value 31.12.2007
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	237	237		-20		237
Derivat	FAHFT	3			3		3
Sonstige Vermögenswerte	LaR	9.505	9.505				9.505
Zahlungsmittel	LaR	243	243				243
Minderheiten an Personengesellschaften	n.a.	1.251			36		1.251
Verzinsliche Darlehen (langfristig)	FLAC	14.882	14.882				n.a.
Verzinsliche Darlehen (kurzfristig)	FLAC	16.392	16.392				16.392
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (kurzfristig)	FLAC	482	482				482
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (kurzfristig)	FLAC	4.667	4.667				4.667
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (kurzfristig)	n.a.	17				17	17
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen (kurzfristig)	FLAC	393	393				393
Sonstige Verbindlichkeiten (kurzfristig)	FLAC	117	117				117
Sonstige Verbindlichkeiten (langfristig)	FLAC	544	544				n.a.

2006 (TEUR)	Bewertungskategorie nach IAS 39	Buchwert 31.12.2006	Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgswirksam	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	Fair Value 31.12.2006
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	478	478				478
Derivat	FAHFT	0					
Sonstige Vermögenswerte	LaR	181	181				181
Zahlungsmittel	LaR	131	131				131
Minderheiten an Personengesellschaften	n.a.	1.215			613		1.215
Verzinsliche Darlehen (langfristig)	FLAC	33.175	33.175				n.a.
Verzinsliche Darlehen (kurzfristig)	FLAC	6.131	6.131				6.131
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (kurzfristig)	FLAC	558	558				558
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (kurzfristig)	FLAC	0					0
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (kurzfristig)	n.a.	183				183	183
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen (kurzfristig)	FLAC	129	129				129
Sonstige Verbindlichkeiten (kurzfristig)	FLAC	124	124				124
Sonstige Verbindlichkeiten (langfristig)	FLAC	2.827	2.827				2.827

19. Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern hat Leasingverträge zur gewerblichen Vermietung seiner als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien abgeschlossen. Die unkündbaren Leasingverhältnisse haben Restmietlaufzeiten zwischen 1 und 9 Jahren. Einige Leasingverträge enthalten eine Klausel, nach der die Miete jährlich auf der Grundlage der jeweiligen Marktkonditionen nach oben angepasst werden kann.

Aus den zum Bilanzstichtag bestehenden unkündbaren Verträgen werden dem Konzern folgende zukünftige Mindestleasingzahlungen zufließen:

Künftige Mindestzahlungen	T€
2008	3.568
2009 – 2012	7.891
ab 2013	763

Die Mindestzahlungen beinhalten zu vereinnahmende Nettomieten bis zum vereinbarten Vertragsende bzw. dem frühest möglichen Kündigungstermin des Mieters, unabhängig davon, ob eine Kündigung oder Nichtinanspruchnahme der Verlängerungsoption tatsächlich zu erwarten ist.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

20. Umsatzerlöse

	2007	2006
Nettomieten aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	5.519.871,08	5.284.021,68
Erlöse aus Mietnebenkosten	992.780,90	1.202.612,84
	6.512.651,98	6.486.634,52

21. Sonstige Erträge und Aufwendungen

21.1. Sonstige betriebliche Erträge

	2007	2006
Gewinn aus der Anpassung auf den beizulegenden Zeitwert der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	1.133.632,36	485.572,62
Gewinne aus dem Verkauf von Finanzanlagen	0,00	153.911,10
Auflösung Pensionsrückstellung	574.690,62	0,00
Übrige sonstige Erträge	171.476,89	405.059,34
	1.879.799,87	1.044.543,06

21.2. Personalaufwendungen

	2007	2006
Löhne und Gehälter	616.635,16	424.619,93
Sozialabgaben	61.850,33	78.883,71
Aufwendungen für Altersversorgung	0,00	46.141,88
	678.485,49	549.645,52

21.3. Abschreibungen

	2007	2006
Planmäßige Abschreibungen von Sachanlagevermögen	25.442,48	18.712,12

21.4. Betriebliche Aufwendungen für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

	2007	2006
Aufwendungen für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	3.063.064,19	2.174.743,13

Im Wesentlichen sind in dieser Position Instandhaltungen, Grundsteuern, Bewirtschaftungskosten sowie Abgaben und Gebühren enthalten.

Davon entfallen auf Aufwendungen für als Finanzimmobilien gehaltene Immobilien ohne Mieteinnahmen T€ 40 (Vj. T€ 4).

21.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2007	2006
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	543.804,85	219.544,48
Vergütungen Aufsichtsrat und Vorstand	58.800,00	55.200,00
Kosten der Hauptversammlung	102.578,33	72.426,53
Abgaben, Gebühren, Nebenkosten Geldverkehr, Versicherungen	79.661,46	58.549,26
Kommunikation und Bürokosten	51.113,02	37.509,74
Kosten Kapitalmaßnahmen	0,00	68.196,20
Fremdarbeiten	99.131,65	0,00
Verlust aus Abgang konsolidierte Unternehmen	241.867,68	0,00
Kfz- und Reisekosten	35.754,23	36.888,78
Forderungsverluste/Wertberichtigungen	66.556,21	89.430,30
Sonstiger Aufwand	370.337,25	388.492,33
	1.649.604,68	1.026.237,62

Die Forderungsverluste und Wertberichtigungen betreffen Ausbuchungen von kleineren Miet- und Nebenkostenforderungen aus Vorjahren mit T€ 47, daneben sind T€ 21 Wertberichtigungen auf Forderungen enthalten, die sich im Mahn- und Beitreibungsverfahren befinden.

21.6 Finanzergebnis

	2007	2006
Erträge aus Ausleihungen und Zinserträge	6.872,83	17.878,81
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(0,00)	(7.722,22)
Ertrag aus Derivaten	2.714,72	0,00
Finanzerträge	9.587,55	17.878,81
Zinsaufwendungen aus Darlehen und Kontokorrentkrediten	2.175.610,18	2.376.862,41
(davon an verbundene Unternehmen)	(88.249,15)	(38.523,98)
Ergebnisanteil Personengesellschaften	45.545,70	63.041,04
Finanzierungsaufwendungen	2.221.155,88	2.439.903,45
Finanzergebnis	-2.211.568,33	-2.422.024,64

22. Steueraufwendungen

	2007	2006
<i>Tatsächliche Ertragsteuern</i>		
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	81,00	0,00
Anpassungen von in Vorjahren angefallenen tatsächlichen Ertragsteuern	0,00	-3.323,00
<i>Latente Ertragsteuern</i>		
Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen	51.800,00	2.300,00
Neubildung passive latente Steuern auf aufgedeckte stille Reserven	202.300,00	121.550,00
Neubildung aktive latente Steuern auf stille Reserven wegen Verlustvorträgen	-167.880,00	-422.600,00
Verbrauch Verlustvorträge	129.380,00	241.650,00
Steuern auf Kosten Kapitalmassnahmen	64.142,10	0,00
Zuführung für Verlustvorträge	0,00	-228.380,00
Auflösung wegen Steuersatzänderung	105.160,00	0,00
	384.983,10	-288.803,00

Die Überleitungsrechnung zwischen dem Ertragsteueraufwand und dem Produkt aus bilanzielltem Periodenergebnis und dem anzuwendenden Steuersatz des Konzerns für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 ergibt sich wie folgt:

	2007	2006
Ergebnis vor Ertragsteuern	764.286,68	1.339.814,55
Ertragsteueraufwand Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag (25 %, 5,5%)	201.580,00	353.400,00
Steuern auf Transaktionskosten von Eigenkapitaltransaktionen	64.142,10	0
Verlustnutzung	-20.400,00	-312.330,00
Auflösung wegen Steuersatzänderung	105.160,00	0,00
Bildung/Auflösung passive latente Steuern	34.420,00	-326.550,00
Angefallene tatsächlichen Ertragsteuern für Vorjahre	81,00	-3.323,00
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesener Ertragsteueraufwand	384.983,10	-288.803,00

23. Ergebnis je Aktie

Bei der Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie wird das den Inhabern von Stammaktien des Mutterunternehmens zuzurechnende Ergebnis durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl an während des Jahres sich im Umlauf befindlichen Stammaktien geteilt.

	2007	2006
Anteil Konzernaktionäre am Konzernergebnis €	377.756,41	1.626.077,80
Anzahl ausgegebene Stückaktien	19.741.379	16.954.236
Ergebnis je Aktie – unverwässert (in €)	0,02	0,10
Ergebnis je Aktie – verwässert (in €)	0,02	0,08

Da die Gesellschaft weder Mitarbeiterbeteiligungsprogramme noch Optionen noch Wandelschuldverschreibungen in irgendeiner Form begeben hat, ist eine Verwässerung normalerweise nicht vorhanden. In 2006 wird im Ergebnis je Aktie – verwässert die Sachkapitalerhöhung vom Dezember 2006 berücksichtigt.

In der Zeit zwischen dem Bilanzstichtag und der Aufstellung des Konzernabschlusses haben keine Transaktionen mit Stammaktien oder potenziellen Stammaktien stattgefunden.

Sonstige Erläuterungen

24. Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Das oberste, dem Konzern übergeordnete Mutterunternehmen war bis zum 30.03.2007 die Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH. Nach Übernahme der Anteile zum 30.03.2007 wurde TS Metropolis S.à.r.l., Luxemburg (jetzt TS Metropolis Holdings S.à.r.l.), bzw. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI L.P. das oberste dem Konzern zugehörige Mutterunternehmen.

Die folgende Tabelle enthält die Gesamtbeträge aus Transaktionen zwischen nahe stehenden Unternehmen und Personen für das betreffende Geschäftsjahr; die Stände der Forderungen und Verbindlichkeiten beziehen sich jeweils auf den Bilanzstichtag:

Nahе stehende Unternehmen und Personen		Erlöse aus Leistungen an nahe stehende Unternehmen und Personen	Aufwendungen für Leistungen von nahe stehenden Unternehmen und Personen	Von nahe stehenden Unternehmen und Personen geschuldete Beträge	Nahе stehenden Unternehmen und Personen geschuldete Beträge
		T€	T€	T€	T€
Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH	2007	558	0	558	0
Günter Rothenberger Industries GmbH	2007 2006	573	13 14		0 0
GfM Gesellschaft für Minderheitsbeteiligungen mbH	2007 2006		1 1		1 1
Günter Rothenberger	2007		148		0
Naxos Schmirgelwerke Mainkur GmbH	2007	8.740	0	8.740	0
PBI Grundstücks- und Generalbau GmbH	2007 2006		13 13		0 0
TS Metropolis Holdings S.a.r.l	2007		88		2.667
TS European VI Holdings	2007				2.000

Geschäftsvorfälle mit Mitgliedern des Managements in Schlüsselpositionen des Mutterunternehmens sind – außer den im Vergütungsbericht genannten – nicht vorgekommen.

Konditionen der Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die Berechnung von Leistungen an und von nahe stehenden Unternehmen und Personen ebenso wie die Gewährung von Darlehen an und von diesen erfolgen – mit Ausnahme der unverzinslichen und unbesicherten Darlehen der TS European VI Holdings bzw. TS Metropolis Holdings S.à.r.l. (teilweise) - zu marktüblichen Konditionen. Zum Geschäftsjahresende bestehen die ausgewiesenen Salden. Für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2007 hat der Konzern keine Wertberichtigung auf Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen und Personen gebildet (2006: EUR 0). Die Notwendigkeit des Ansatzes einer Wertberichtigung wird jährlich überprüft, indem die Finanzlage des nahe stehenden Unternehmens oder der Person und der Markt, in dem diese tätig sind, überprüft werden.

Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse der Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH oder der TS Metropolis Holdings S.à.r.l., Luxemburg, bzw. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI L.P. sind im Geschäftsjahr nicht abgewickelt worden.

25. Zielsetzungen und Methoden des Finanzrisikomanagements

Risikofaktoren im Finanzbereich sind das Kredit-, Liquiditäts- und Zinsrisiko.

Kreditrisiken sind unwesentlich, da nur in geringem Umfang Ausleihungen getätigt werden. Bei den Forderungen beläuft sich das maximale Ausfallrisiko auf den Buchwert.

Das Liquiditätsrisiko wird durch konzernweite Finanzplanung weitgehend abgesichert. Die zu erwartende Entwicklung der Liquidität wird jährlich im Voraus erstellt und auf Basis der Ist-Daten zeitnah aktualisiert.

Auf der Folgeseite sind die aufgrund vereinbarter Konditionen und Laufzeiten ermittelten Liquiditätsabflüsse dargestellt.

Das Zinsrisiko tritt durch marktbedingte Schwankungen der Zinssätze auf. Diese wirken sich insbesondere auf die Höhe der Zinsaufwendungen in der Gruppe aus. Da rund 99 % der Bankverbindlichkeiten festverzinslich sind, sind die Auswirkungen von Zinssatzänderungen mittelfristig abschätzbar.

Dem Vorstand und dem Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Finanzrisikofaktoren der Gruppe berichtet.

Es wird auch auf die Ausführungen zum Risikomanagementsystem im Konzernlagebericht (Abschnitt 7) verwiesen.

26. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheit für fremde Verbindlichkeiten bestanden nicht (Vj. T€0).

Wechsel- und Scheckbürgschaften lagen nicht vor.

Die Muttergesellschaft hat im Rahmen des Verkaufes von drei Konzernunternehmen selbständigen Garantieverprechen gem. § 311 Abs. 1 BGB abgegeben, nach welchen die verkauften Geschäftsanteile und Forderungen frei von Rechten und Ansprüchen Dritter sind und die Gesellschaften zum Zeitpunkt des Verkaufes an keinen Rechtsstreitigkeiten, gerichtlichen oder behördlichen Verfahren – ausgenommen Forderungseinziehungen im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes – beteiligt sind. Sofern sich die vorgenannten Gewährleistungen als unzutreffend erweisen, ist die Gesellschaft verpflichtet den Käufer durch Schadenersatz in Geld so zu stellen, als ob die entsprechende Gewährleistung zutreffend wäre. Die Ansprüche sind auf 20% des jeweiligen Kaufpreises beschränkt und müssen innerhalb von 18 Monaten nach dem Übergangstichtag schriftlich durch den Käufer geltend gemacht werden.

27. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus bereits erteilten Aufträgen für begonnene oder geplante Investitionsvorhaben bestehen Verpflichtungen von 382 T€ (Vj. T€ 681), die im Wesentlichen auf Bau- und Erweiterungsmaßnahmen für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien entfallen und 2008 fällig werden.

Restlaufzeiten der finanziellen Verbindlichkeiten

in T€	Buchwert 31.12.2007	Cash-Flow 2008			Cash-Flow 2009			Cash-Flow 2010-2012			Cash-Flow 2013f		
		Zins fix	Zins variabel	Tilgung	Zins fix	Zins variabel	Tilgung	Zins fix	Zins variabel	Tilgung	Zins fix	Zins variabel	Tilgung
Originäre finanzielle Verbindlichkeiten													
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.275	-1.363	-3	-16.392	-1.313		-1.008	-3.112		-9.029			-4.846
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	2.164	-62		-2.047	-1		-3	-1		-4			-110
Sonstige unverzinsliche Verbindlichkeiten	4.056			-4.056									
Sonstige finanzielle Vermögenswerte													
Zinsderivate ohne Hedge Beziehung	3												

28. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die sich nachhaltig auf die Vermögens, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken, haben sich nicht ergeben. Im Übrigen wird auf den Konzernlagebericht (Abschnitt 6) verwiesen.

29. Konzernkapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt, wie sich die flüssigen Mittel des Konzerns durch Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse im Laufe des Geschäftsjahres verändert haben. Entsprechend IAS 7 wird zwischen Zahlungsströmen aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden. Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode erstellt.

Die in der Kapitalflussrechnung betrachteten Finanzmittelfonds umfassen alle Flüssigen Mittel d.h. Kassenbestände und Bankguthaben.

Die Cashflows aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden zahlungsbezogen ermittelt. Der Cashflow aus der Geschäftstätigkeit wird demgegenüber ausgehend vom Konzernjahresergebnis indirekt abgeleitet. Im Rahmen der indirekten Ermittlung werden die berücksichtigten Veränderungen von Bilanzpositionen im Zusammenhang mit der laufenden Geschäftstätigkeit um Effekte aus Konsolidierungskreisänderungen bereinigt. Veränderungen der betreffenden Bilanzpositionen können daher nicht mit den entsprechenden Werten der Konzernbilanz abgestimmt werden.

30. Zusatzangaben gemäß § 315a HGB

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2007 wurden durchschnittlich folgende Arbeitnehmer beschäftigt:

Angestellte	4
Gewerbliche Arbeitnehmer	4

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Dipl. Kfm. Werner Uhde, Bad Soden
Vorsitzender
Rechtsanwalt

Rolf Hartmann, Bad Camberg
stellvertretender Vorsitzender
Kaufmann (bis 30.03.2007)

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
–Aufsichtsratsmitglied der
Deutsche Fonds Holding AG, Stuttgart

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
jeweils stellvertretender Vorsitzender
des Aufsichtsrates der
- Diskus Werke AG, Frankfurt/Main
- Maschinenfabrik Heid AG, Stockerau

Peter A.R.F. Münch, Bad Homburg v.d.H.
Kaufmann (bis 30.März 2007)

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Jeweils Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Bad Homburg
Verein für chemische und metallurgische Produktion AG, Hamburg
Leipziger Spitzenfabrik Barth & Co. Aktiengesellschaft, Leipzig

Bernard Eric Collinet-Adler,
London Großbritannien
Kaufmann (ab 18. April 2007)
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
- keine Angaben

Michael Philip Maurice Spies,
-stellvertretender Vorsitzender -
London Großbritannien
Kaufmann (ab 18. April 2007)
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB: -
keine Angaben

Günter Rothenberger, Frankfurt am Main
Kaufmann (ab 09.11.2007)
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Diskus Werke AG, Frankfurt am Main

Geraldine Copeland-Wright,
London Großbritannien
Kauffrau (ab 09.11.2007)
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB: -
keine Angaben

Matthias Hünlein, Frankfurt am Main
Kaufmann (ab 09.11.2007)
Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Aufsichtsratsmitglied der
Deutsche Wohnen AG, Frankfurt am Main

Vorstand

Günter Rothenberger, Frankfurt am Main
Vorsitzender (bis 30. März 2007)
Kaufmann

Dipl. Kfm. Dr. Sven Rothenberger,
Frankfurt am Main
Kaufmann

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Diskus Werke AG, Frankfurt am Main

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB:
- keine Angaben

Stefan H. Brendgen, Frankfurt am Main
Vorsitzender (ab 30. März 2007)
Kaufmann

Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB: - keine Angaben

Die Bezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 2007 für Herrn Günter Rothenberger bis 30.03.2007 T€ 9 (Vj. 37), für Herrn Dr. Sven G. Rothenberger T€ 253 (Vj. 50) und für Herrn Stefan H. Brendgen T€ 38 (Vj T€ 0). Wegen weiterer Angaben zum Vergütungssystem für Vorstände verweisen wir auf den Vergütungsbericht im Lagebericht (Abschnitt 10).

An Hinterbliebene eines früheren Vorstandsmitgliedes wurde eine laufende Rente von € 6.096,00 gezahlt. Weiter wurden laufende Pensionszahlungen für ein früheres Vorstandsmitglied in Höhe von € 4.729,45 und für die Abfindung der Pensionsansprüche € 200.000,00 geleistet. Die Rückstellung für die noch laufenden Pensionszahlungen beträgt € 112.112,00.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten eine jährliche feste Vergütung von insgesamt T€ 45 (Vj. T€ 18). Bei unterjährigem Ein- und Austritt werden die Vergütungen jeweils zeitanteilig gewährt. Die Auszahlung erfolgt nach der Hauptversammlung.

Zum 31. Dezember 2007 bestanden keine Vorschüsse und Kredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrates.

Die Aufwendungen für die Abschlussprüfungen durch die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG betragen in 2007 T€ 100 (Vj. Ernst & Young AG T€ 72). Weitere Leistungen durch den Abschlussprüfer sind nicht angefallen.

Anteile nach § 25 WpHG:

Die LGT Bank in Liechtenstein AG, Vaduz/Liechtenstein, hat uns mit Schreiben vom 19. Januar 2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 18. Januar 2007 die Schwelle von 5 % unterschritten hat uns seit diesem Zeitpunkt 0 % beträgt.

Die LGT Group Foundation, Vaduz/Liechtenstein, hat uns mit Schreiben vom 19. Januar 2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 18. Januar 2007 die Schwelle von 5 % unterschritten hat uns seit diesem Zeitpunkt 0 % beträgt.

Die Rothenberger Vermögensverwaltung 4 x S Gesellschaft bürgerlichen Rechts, 61350 Bad Homburg, hat uns mit Schreiben vom 8. Februar 2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 22. Dezember 2006 die Schwellen von 10%, 5 % und 3 % unterschritten hat und seit diesem Zeitpunkt 0 % beträgt.

Die Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH, 60327 Frankfurt am Main, hat uns mit Schreiben vom 8. Februar 2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 20. Januar 2007 20,74 % beträgt.

Herr Günter Rothenberger, Frankfurt/Main, hat uns mit Schreiben vom 8. Februar 2007 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 20. Januar 2007 20,74 % beträgt; davon sind ihm 20,74 % der Stimmrechte nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über die Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH zuzurechnen.

Die Rothenberger 4 x S Vermögensverwaltung GmbH, 61350 Bad Homburg, hat uns mit Schreiben vom 30. März 2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 30. März 2007 die Schwellen von 50%, 30%, 25%, 20%, 15% und 10% unterschritten hat und seit diesem Zeitpunkt 5,20% beträgt.

Die Günter Rothenberger Beteiligungen GmbH, 60327 Frankfurt am Main, hat uns mit Schreiben vom 30. März 2007 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 30. März 2007 die Schwellen von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und seit diesem Zeitpunkt 0% beträgt.

Herr Günter Rothenberger, Deutschland, hat uns mit Schreiben vom 30. März 2007 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 30. März 2007 die Schwellen von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten hat und seit diesem Zeitpunkt 0% beträgt.

Mit Schreiben vom 05. April 2007 im eigenen Namen sowie namens und im Auftrag der nachfolgend aufgeführten Gesellschaften hat die TS Metropolis S.a.r.l., 1736 Sennigberg, Luxemburg folgendes mitgeteilt:

1. TS Metropolis S.à.r.l., 1736 Senningerberg, Luxemburg

Unser Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten uns beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

2. TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l., 1736 Senningerberg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.

3. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P., London, England

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.

4. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P., London, England

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.

5. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P., London, England

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P., an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.

6. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P., London, England

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P., an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an

der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.

7. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P., London, England

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P., an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.

8. Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (Scots GP) Limited, Edinburgh, Scotland

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (Scots GP) Limited, an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (Scots GP) Limited 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (Scots GP) Limited zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P.

9. Tishman European VI (LP), L.L.C., New York, USA

Der Stimmrechtsanteil der Tishman European VI (LP), L.L.C., an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman European VI (LP), L.L.C. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman European VI (LP), L.L.C. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P.

Der Stimmrechtsanteil der Tishman European VI (LP), L.L.C. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 03. April 2007 die Schwellen von 75%, 50%, 30%, 25%, 20%, 15%, 10%, 5% und 3 % unterschritten und beträgt zu diesem Tag 0% (0 Stimmrechte).

10. Tishman European VI (GP), L.L.C., New York, USA

Der Stimmrechtsanteil der Tishman European VI (GP), L.L.C., an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman European VI (GP), L.L.C. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman European VI (GP), L.L.C. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (Scots G.P.) Limited

11. Tishman Speyer Crown Equities L.L.C., New York, USA

Der Stimmrechtsanteil der Tishman Speyer Crown Equities L.L.C. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 hat am 30. März 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten und beträgt zu diesem Tag 89,59% (17.686.676 Stimmrechte).

Davon sind der Tishman Speyer Crown Equities L.L.C. 89,59 % (17.686.676 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Der Tishman Speyer Crown Equities L.L.C. zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolf AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis S.à.r.l.
- TS European VI Holdings (Lux) S.à.r.l.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (AE) L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots A L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots B L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Scots C L.P.
- Tishman Speyer European Real Estate Venture VI (Scots G.P.) Limited
- TS European VI (LP) L.L.C.
- TS European VI (GP) L.L.C.

Die TS Metropolis Holdings S.à.r.l., 1930 Luxemburg, Luxemburg, hat uns gem. § 21 Abs. 1 WpHG mit Schreiben vom 20. Dezember 2007 namens und im Auftrag der nachfolgend aufgeführten Gesellschaften folgendes mitgeteilt :

1. TS Metropolis I S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis I S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

2. TS Metropolis II S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis II S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

3. TS Metropolis III S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis III S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

4. TS Metropolis IV S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis IV S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

5. TS Metropolis V S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis V S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

6. TS Metropolis VI S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis VI S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

7. TS Metropolis VII S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis VII S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

8. TS Metropolis VIII S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg

Der Stimmrechtsanteil der TS Metropolis VIII S.à.r.l. an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung hat am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3% und 5% überschritten und beträgt zu diesem Tag 9,96% (1.966.558 Stimmrechte).

Weiterhin hat sie mitgeteilt, dass am 18. Dezember 2007 TS Metropolis S.à.r.l. in TS Metropolis Holdings S.à.r.l. umfirmiert wurde und ihren Sitz von Senningerberg nach Luxemburg verlegt hat (neue Anschrift: 34-38 Avenue de la Liberté, 1930 Luxemburg, Luxemburg).

Corporate Governance

Corporate Governance beinhaltet das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, seiner geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie des Systems der internen und externen Kontroll- und Überwachungsmechanismen. Gute und transparente Corporate Governance gewährleistet eine verantwortliche, auf Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle unseres Unternehmens. Sie fördert das Vertrauen der Anleger, Mitarbeiter, Geschäftspartner sowie der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung der A.A.A. AG.

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Corporate Governance Kodex wurde abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Eine erneute Abgabe der Erklärung wird im Juni 2008 erfolgen. Die Erklärung wird auch im Geschäftsbericht veröffentlicht und ist den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.aaa-ffm.de>) in Form und Inhalt dauerhaft zugänglich.

Der Vorstand der AAA AG trägt die Verantwortung für die Aufstellung, die Vollständigkeit und die Richtigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Der Konzernlagebericht enthält eine Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowie weitere Erläuterungen, die nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (§ 315a HGB) offen zu legen sind.

Zur Sicherstellung der Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Daten für die Erstellung des Konzernabschlusses als auch der internen Berichterstattung existiert ein wirksames internes Kontrollsystem. Es beinhaltet konzerneinheitliche Richtlinien zur Rechnungslegung und Risikomanagement gemäß »Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich« (KonTraG). Hierdurch wird der Vorstand in die Lage versetzt, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Frankfurt am Main, 28. April 2008

Der Vorstand

Stefan H. Brendgen
- Vorsitzender -

Dr. Sven G. Rothenberger

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2007

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr war von einer stabilen und robusten konjunkturellen Entwicklung in Deutschland gekennzeichnet. Das erhöhte Wirtschaftswachstum trug auch zu stabilen und wachsenden Immobilienmärkten in den Regionen bei, in denen die Gesellschaft aktiv ist. Die deutschen Großstädte zeigten teilweise Rekordumsätze bei der Vermietung von Büroflächen, und teilweise deutlich ansteigende Mietpreise. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den positiven Vermietungsumsätzen und den erfolgreichen Verkaufstransaktionen der Gesellschaft in 2007 wider.

Auch nach dem erfolgreichen Verkauf einiger Liegenschaften in den Regionen Frankfurt am Main und München, ist die Gesellschaft weiterhin in den großen Ballungszentren Deutschlands aufgestellt. Bei den Bestandsobjekten konnten weitere Vermietungen und bestandsverbessernde Umbauten und Renovierungen realisiert werden. Auch in Chemnitz konnte der lebhafteste Vermietungsmarkt in eine Erhöhung der Vermietungsstände umgemünzt werden.

Wir gehen auch für das kommende Geschäftsjahr von lebhaften und stabilen Vermietungsmärkten aus, die zu einer umfassenden Auslastung der Bestandsimmobilien führen, und zur Durchführung wertsteigernder Maßnahmen genutzt werden wird.

Der Konzern der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung („A.A.A.-Konzern“) befasste sich bisher ausschließlich mit der Immobilienverwaltung. Muttergesellschaft ist A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung („AAA AG“). Die Beteiligungen mit mehr als 50% Anteilsbesitz werden im Konzern voll konsolidiert. Die Verwaltung des Immobilienportfolios erfolgt durch die Muttergesellschaft. Im Rahmen einer auf der Hauptversammlung vom 27.08.2007 beschlossenen Satzungsänderung wurde der Geschäftsgegenstand um das weitere Geschäftsfeld der Immobilienentwicklung erweitert. Seit dem 30. März 2007 ist der unter der Konzernobergesellschaft Tishman Speyer Properties Inc. New York verwaltete geschlossene Immobilienfonds Tishman Speyer European Real Estate Venture VI Master L.P., London als Hauptaktionär an der AAA AG über Tochtergesellschaften beteiligt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Unternehmensstruktur dahingegen geändert, dass die Muttergesellschaft jeweils die restlichen Anteile von 1 % bzw. 0,75% an den Gesellschaften bürgerlichen Rechts Gutleutstraße 163-167 Frankfurt/Main, Heidelberger Straße 9-13 Frankfurt/Main, Hamburg, Virchowstraße 17-19, Berlin Potsdamer Str. und Kelkheim-Fischbach Sodener Str. hinzuerworben hat, deren Vermögensgegenstände und Schulden damit im Wege der Anwachsung auf die Muttergesellschaft übergingen. Weiterhin wurden zum Jahresende die Anteile an den Konzerngesellschaften Grundstücksverwaltung Gutleutstraße GmbH, Grundstücksverwaltung Gutleutstraße 173 GmbH und GVM Grundstücksverwaltung Melsunger Metallwerk Melsmetal GmbH veräußert, die damit zum Ablauf des 31. Dezember 2007 aus dem Konzern entkonsolidiert wurden. Die Immobilie der Tochtergesellschaft Julius Kleemann GmbH in der Pelkovenstr. 143 in München wurde im Oktober 2007 veräußert und scheidet voraussichtlich mit Wirkung zum April 2008 aus dem Portfolio aus. Die vier Objekte erwirtschafteten rund 17,7 % der Mieteinnahmen und machten ca. 15 % des Grundstücks- bzw. 14 % der Mietflächen des Gesamtportfolios aus.

Die Aufstellung und Veränderung des Konzernkreises befindet sich im Anhang (Abschnitt 2.1).

2. Überblick für das Geschäftsjahr 2007

Für die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften ergaben sich im Einzelnen folgende Entwicklungen, wobei auf das nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) übergeleitete Jahresergebnis ¹⁾ Bezug genommen wird:

Grundstücksverwaltung Voltenseestraße 2 GmbH, Frankfurt am Main

Die zur Jahresmitte 2005 frei gewordenen Büroflächen von rd. 1.300 qm konnten auch in 2007 nur zum geringen Teil vermietet werden, so dass sich die Leerstandsquote lediglich um 4 % verminderte und jetzt rd. 25% beträgt. Das Jahresergebnis ist durch Wertanpassungen für die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie erstmals negativ.

GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH, Frankfurt am Main

Die angespannte Lage auf dem Immobilienmarkt in Frankfurt am Main und Umgebung entspannte sich zwar durch steigende Nachfrage nach Büroflächen, trotzdem konnten diese Grundstücke nicht vermarktet werden.

Für das Geschäftsjahr 2007 hat die Gesellschaft lediglich Zinserträge aus einem der Muttergesellschaft zur Verfügung gestellten Darlehen, die nach Abzug der Refinanzierungszinsen, Verwaltungskosten sowie Wertanpassungen zu einem gegenüber dem Vorjahr um T€ 96 verminderten Jahresergebnis von T€ - 40 geführt haben.

Verwaltungsgesellschaft für Industriegrundstücke mbH, Frankfurt am Main

Die Gesellschaft hat lediglich Zinserträge aus einem der Muttergesellschaft zur Verfügung gestellten Darlehen, die nach Abzug der Verwaltungskosten zu einem Jahresgewinn von T€ 20 (Vorjahr T€ 20) geführt haben. Die Zinseinnahmen decken zukünftig nicht nur die Aufwendungen der Gesellschaft, sondern werden auch zum Abbau des Verlustvortrages beitragen.

GVW Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Str. 83 GmbH, Frankfurt am Main

Die Liegenschaft war weiterhin fast voll vermietet. Durch umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen, wie Neugestaltung der Eingangsbereiche sowie der einzelnen Mietbereiche, wurde die Liegenschaft in den Vorjahren den aktuellen Anforderungen des Marktes angepasst. Die Mieteinnahmen haben sich von T€ 627 um T€ 24 auf T€ 651 erhöht. Um T€ 12 verminderte Zinsaufwendungen sowie die Wertanpassung für die Immobile konnten die um T€ 100 gestiegenen Grundstücksaufwendungen nur teilweise kompensieren, so dass ein um T€ 17 niedrigeres Jahresergebnis ausgewiesen wird.

Grundstücksverwaltung Gutleutstraße GmbH, Frankfurt am Main (entkonsolidiert zum 31.12.2007)

Die Liegenschaft Gutleutstraße 175 war zum Ende des Berichtsjahres zu rd.72 % vermietet. Die nach Auszug eines Mieters frei gewordenen Flächen konnten in 2007 nur zum Teil vermietet werden. Die Mieterträge liegen um T€ 105 unter dem Vorjahr. Die Zinsaufwendungen haben sich um T€ 16 vermindert. Höhere Instandhaltungen sowie die Wertanpassung für die Immobilie führten zu einem Jahresfehlbetrag von T€ 543.

¹⁾ vor Berücksichtigung der Vorjahresanpassungen: vgl. Konzernanhang 2.3

Grundstücksverwaltung Gutleutstraße 173 GmbH , Frankfurt am Main (entkonsolidiert zum 31.12.2007)

Für die im Vorjahr durch die Gesellschaft erworbene Immobilie konnte ein Gesamtmietler gefunden werden, der das Objekt zu einem Hotel umbaut. Die bestehenden Mietverträge waren aufzulösen, um die Nutzung durch den neuen Mieter zu ermöglichen. Dadurch haben sich die Mieterträge um T€ 29 vermindert. Nach in 2007 höheren Aufwendungen und Zinsen wird ein Jahresfehlbetrag von T€ 489 ausgewiesen.

Grundstücksverwaltung Triebstraße 3 GmbH, Frankfurt am Main

Die Gesellschaft erzielt Beteiligungserträge von der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft und ist damit für den Konzern ohne weitere Bedeutung.

GVM Grundstücksverwaltung Melsunger Metallwerk Melsmetall GmbH, Frankfurt am Main (entkonsolidiert zum 31.12.2007)

Ab April 2005 sind die gesamte Produktionsfläche und der Bürotrakt langfristig an einen bonitätsstarken Mieter zu marktgerechten Konditionen vermietet. Den unveränderten Mieten in Höhe von T€ 201 standen Aufwendungen für als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien einschließlich der Wertanpassungen für die Immobilie von T€ 373 und sonstige betriebliche Aufwendungen von T€ 4 gegenüber.

Julius Kleemann Handel GmbH, München

Zum 01.04.2005 konnten die Wohnungen im Gesamten an einen gewerblichen Mieter vermietet werden. Es wurde ein Staffelmietvertrag vereinbart, der eine Erhöhung der Jahresmiete in einem Zeitraum von 4 Jahren um rd. 60 % vorsieht.

Durch Erhöhung der Mieterlöse auf T€ 248 bei rückläufigen Aufwendungen sowie die Wertanpassung für die Immobilie hat sich das Jahresergebnis auf T€ 826 erhöht. Die Immobilie konnte im Oktober des Berichtsjahres mit wirtschaftlicher Wirkung zum April 2008 zum Verkehrswert veräußert werden.

Grundstücksverwaltung Chemnitz Annaberger Str. 231 GmbH, Frankfurt am Main

Die Gesellschaft gehört zu 94 % zum Konzern. Die der Gesellschaft gehörende Liegenschaft hat eine Grundstücksgröße von 35.527 qm und ist mit einer Industriehalle und mehreren Bürogebäuden bebaut. In 2005/2006 wurden einige Gebäude aufgrund des schlechten baulichen Zustandes abgerissen und dadurch neue Grundstücksflächen für Neuentwicklungen geschaffen. Seit dem Geschäftsjahr 2006 ist mit der Muttergesellschaft ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen. Die erzielten Mieterlöse von T€ 221 deckten die Kosten nicht in voller Höhe. Durch die Auflösung der latenten Steuern auf die Anteile des Minderheitsgesellschafters an den aufgedeckten stillen Reserven in Höhe von T€ 22 wird ein Jahresergebnis von T€ 14 ausgewiesen.

Grundstücksverwaltung Chemnitz Jagdschänkenstr. 17 GmbH, Frankfurt am Main

Die Gesellschaft gehört zu 94 % zum Konzern. Die der Gesellschaft gehörende Liegenschaft hat eine Grundstücksgröße von 51.054 qm und ist mit Industriehallen und zwei Bürogebäuden bebaut. Im Jahr 2005 wurden bereits alte Hallen, die nicht mehr verwertbar waren, abgerissen und der Gesamtzustand des Geländes verbessert. Die Mieterlöse betragen T€ 245 demgegenüber stehen Aufwendungen für als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Höhe von T€ 368 inklusive der Wertanpassungen für die Immobilien. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen T€ 53. Nach Auflösung der passiven latenten Steuern auf die Anteile des Minderheitsgesellschafters an den aufgedeckten stillen Reserven von T€ 36 ergibt sich ein negatives Jahresergebnis von T€ 163.

GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft

Die Liegenschaft der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft ist voll vermietet. Die Mieterlöse sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 233 angestiegen. Nach Wertanpassungen für die Immobilie wird ein gegenüber dem Vorjahr um T€ 378 höheres Jahresergebnis ausgewiesen.

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung

Bei dem Objekt Gutleutstraße 163-167, Frankfurt am Main, verringerten sich die Mieteinnahmen um 4 % auf T€ 618 dies ist auf den Auszug eines Mieters zurückzuführen. Der Leerstand betrug zum Jahresende 20 %.

Die Liegenschaft Heidelberger Straße 9-13, Frankfurt am Main, ist bis auf eine Restfläche von 63 qm nahezu vollständig vermietet. Nach Abschluss der in Vorjahren begonnenen grundlegenden Sanierungen haben sich die Werte der Liegenschaft insgesamt erhöht.

Das Grundstück Sodener Straße 47 a in Kelkheim-Fischbach wurde im Berichtsjahr zum Verkehrswert veräußert.

Bei dem Objekt Virchowstraße 17-19 in Hamburg haben sich die Mieteinnahmen durch weitere Vermietungen von T€ 490 um T€ 26 auf T€ 516 gesteigert. Der Leerstand beträgt zum Bilanzstichtag noch 23 %.

Bei der Liegenschaft Potsdamer Straße 90 in Berlin wurden die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen weiter fortgeführt. Aufgrund der guten Lage des Objektes gehen wir davon aus, dass wir die Liegenschaft kurzfristig vermieten können.

3. Ertragslage

Durch die vorstehend beschriebenen Einflüsse haben sich die Mieterlöse und die Erlöse aus Miete nebenkosten gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich um T€ 26 auf T€ 6.513 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von T€ 1.045 um T€ 835 auf T€ 1.880 gestiegen. Im Berichtsjahr wurden Werterhöhungen mit T€ 1.133 für die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien gebucht, während im Vorjahr T€ 486 anfielen. Des Weiteren ist im Berichtsjahr der Ertrag aus der Auflösung der Pensionsrückstellung nach Abfindung eines Berechtigten von T€ 575 zu verzeichnen. Die übrigen betrieblichen Erträge aus Kostenbelastungen an Dritte sind hingegen zurückgegangen.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände gab es im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentliche Änderungen.

Die Aufwendungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind gegenüber dem Vorjahr um rd. T€ 888 angestiegen. Dies ist in der Hauptsache begründet durch die Umbaukosten für das Objekt Gutleutstr.173 sowie höhere Instandhaltungsaufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit T€ 1.893 um T€ 867 über Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gestiegenen Rechts- und Beratungskosten, Kosten der Hauptversammlung, Aufwendungen für Fremdarbeiten sowie der Verlust aus dem Verkauf der zwei Beteiligungsgesellschaften.

Das negative Finanzergebnis von T€ 2.211 ist gegenüber dem Vorjahr durch planmäßige Tilgung der Bankverbindlichkeiten um T€ 211 verbessert.

Insgesamt wird durch die vorstehend beschriebenen Einflüsse für 2007 ein Konzernjahresüberschuss von T€ 379 (Vj. T€ 1.629) ausgewiesen, der im Rahmen der Planungen für 2007 auch erwartet wurde. Die Geschäftsleitung ist mit der Gesamtentwicklung des Konzerns im Geschäftsjahr 2007 zufrieden.

Die zum Jahresende vorgenommenen Verkäufe in von drei Konzerngesellschaften mit Immobilien in Frankfurt, Melsungen und München haben sich nicht wesentlich auf das Ergebnis ausgewirkt, jedoch ergibt sich durch die im Januar 2008 zugeflossene Liquidität die Möglichkeit, fällig gewordene Kredite zurückzuführen und dadurch die Zinsaufwendungen zu reduzieren. Die dann noch verbleibende Liquidität kann für neue Investitionen verwendet werden.

4. Finanzlage

Die verzinslichen Darlehen von Kreditinstituten betragen insgesamt T€ 31.275. Davon sind weniger als 1% variabel verzinst. T€ 31.193 sind festverzinslich. Rund 52 % der Schulden haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr und rund 15 % haben Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren. Die Zinssätze der festverzinslichen Darlehen liegen im Durchschnitt bei rd. 5,5 %. Im Rahmen der kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten sind auch Darlehen erfasst, für welche die Zinsbindung im Folgejahr ausläuft. Die durch die zum Jahresende erfolgten Verkäufe der Beteiligungsgesellschaften sowie den Kaufpreis für das Grundstück in München, im folgenden Geschäftsjahr zufließenden liquiden Mittel sollen teilweise zur Tilgung der auslaufenden Darlehen eingesetzt werden. Daneben stellte die neue Hauptgesellschafterin im Geschäftsjahr 2007 mit T€ 2.000 zinslose Darlehen zur Verfügung, die die Liquidität der Gruppe weiter stärkten.

Für einige Objekte des Konzerns bestehen keine oder nur unter der Beleihungsgrenze liegende Belastungen, so dass im Bedarfsfall weitere Kreditmöglichkeiten gegeben sind.

Insgesamt hat sich die Finanzlage des Konzerns im Geschäftsjahr 2007 positiv entwickelt.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Liquidität für das abgelaufene Geschäftsjahr ist aus der Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang (beides Bestandteil des Konzernabschlusses) ersichtlich.

Im Rahmen des Finanzmanagements wird durch Cash Pooling die Zahlungsfähigkeit der AG und der Tochterunternehmen sichergestellt.

Beschränkungen bei Finanzmitteln liegen nicht vor.

5. Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich durch die Entkonsolidierung der verkauften Gesellschaften von T€ 107.196 um T€ 6.498 gegenüber dem Vorjahr auf T€ 100.698 verringert.

Das Eigenkapital hat sich durch die Verminderung der Anteile Minderheitsgesellschafter von T€ 61.345 auf T€ 61.281 ermäßigt und beträgt 60,9% der verminderten Bilanzsumme.

Dem Rückgang der langfristigen Finanzschulden von T€ 18.293 steht ein Anstieg der kurzfristigen Finanzschulden von 10.261 gegenüber, da sämtliche Darlehen, für welche die Zinsbindung im Folgejahr ausläuft, als kurzfristig umgegliedert wurden. Im Saldo haben sich die Finanzschulden um T€ 8.032 verringert wovon T€ 5.863 auf die aus dem Konzern ausgeschiedenen Gesellschaften entfallen. Unter den kurzfristigen Schulden werden mit T€ 4.667 Darlehen verbundener Unternehmen aus der Tishman Speyer Gruppe ausgewiesen.

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zum Bilanzstichtag zu 85,9% aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien. Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien sind durch Abgänge, die Umgliederung des zur Veräußerung bestimmten Objektes in München, sowie Zu- und Abschreibungen von T€ 105.667 auf T€ 86.467 vermindert.

Der Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte ist auf die Kaufpreisforderungen der Muttergesellschaft für die zum Jahresende veräußerten Gesellschaftsanteile und Forderungen zurückzuführen. Der Eingang der Zahlungen erfolgte im Januar 2008.

6. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag, die sich auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken, sind nicht eingetreten.

Mit Bescheid vom 08. April 2008 wurden die neuen Aktien aus den Kapitalerhöhungen 2006 und 2007 zum amtlichen Handel an der Börse zugelassen.

Zur Zeit wird darüber nachgedacht, eventuell noch weitere Liegenschaften zu verkaufen. Aus diesen eventuellen Verkäufen könnte die dann frei werdende Liquidität für Neuinvestitionen genutzt werden. Konkrete Verkaufsverhandlungen wurden noch nicht aufgenommen.

Der Geschäftsverlauf in den ersten 3 Monaten bestätigt die im Prognosebericht getroffenen Aussagen.

Weitere Angaben werden im Rahmen der Zwischenberichterstattung Ende April gegeben.

7. Risikobericht

Der Vorstand der Gesellschaft befasst sich aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) intensiv mit Risiken der künftigen Entwicklung. Über die beabsichtigte Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, erhält der Aufsichtsrat die notwendigen Informationen, um im Zusammenwirken mit dem Vorstand zu einer Verbesserung der internen und externen Unternehmensüberwachung zu kommen. Er hat geeignete Maßnahmen getroffen, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden können, früh zu erkennen. Das Überwachungssystem bezieht sich auf die Unternehmensplanung mit Finanz- und Liquiditätsplanung, Ergebnisplanung, Investitionsplanung und Fragen des Personals. Besondere Bedeutung kommt der Vermietungssituation mit der Leerstandsentwicklung zu. Dabei ist im System auch ein Soll/Ist-Vergleich vorhanden. Besonderes Augenmerk gilt weiterhin dem Eingang der fälligen Mieten. Diese werden intensiv überwacht, so dass zeitnah alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden können, um bei Ausfallrisiken die Chancen der Realisierung von Forderungen zu erhöhen.

Die Liquiditätssituation hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert und wird sich auch nach dem Zahlungseingang von € 9 Mio. aus dem Verkauf der GmbH Gesellschaften (im Januar 2008) sowie dem Verkauf des Grundstückes in München mit € 4 Mio. (voraussichtlich im April 2008) noch weiter verbessern. Zins- und Tilgungsleistungen wurden vereinbarungsgemäß erfüllt. Wie schon in Vorjahren wurde der Gesellschaft weitere Liquidität von einem Aktionär bzw. einer Aktionärsgruppe belassen.

Aufgrund marktbedingter Schwankungen ist der Konzern einem Zinsrisiko ausgesetzt. Da rund 94 % der Bankverbindlichkeiten festverzinslich sind, sind die Auswirkungen von Zinssatzänderungen mittelfristig abschätzbar. Für ein langfristiges Darlehen mit variabler Verzinsung wurde eine Zinssicherungsvereinbarung geschlossen.

Es bleibt anzumerken, dass sich im Immobilienbereich latente Risiken durch Mieterwechsel ergeben, die in Leerständen oder in Mietanpassungen bestehen können. Mieterauszug und notwendige Neuvermietung können grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Diese Risiken wie auch die allgemeine Entwicklung auf dem Immobilienmarkt können sich auf die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien auswirken und größere Schwankungen auslösen.

Eine besondere Risikosituation ist zurzeit im Immobilienbesitz des Konzerns nicht ersichtlich.

Die vorhandenen Kontroll- und Überwachungssysteme und das Berichtswesen an den Aufsichtsrat und Vorstand haben sichergestellt, dass Risiken minimiert werden, dass nicht vermeidbaren Risiken entgegengewirkt wird und der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion ausüben kann. Der Vorstand sieht die Verpflichtungen des Risikomanagements durch die Maßnahmen erfüllt.

Der Konzern verfügt nur über einen geringen Mitarbeiterstab. Um Engpässen sowie Ausfallrisiken vorzubeugen bedient sich die Gesellschaft externer Berater.

Wir sehen derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken für die Muttergesellschaft und die Tochtergesellschaften.

8. Prognosebericht

Die verwendeten Prognose- und Schätzmodelle sind im Konzernanhang (Abschnitt 2.4) detailliert beschrieben. Der Prognosezeitraum beträgt 2 Jahre.

GVS Grundstücksverwaltung Sossenheim GmbH, Frankfurt am Main

Die Chancen für die Verwertung der Restgrundstücke bestehen aufgrund der guten Lage nach wie vor, sowohl Bebauung als auch ein Verkauf scheint möglich. Es ist die weitere Entwicklung auf dem Immobilienmarkt abzuwarten. Dabei bleibt das gewerbesteuerliche Risiko aufgrund früherer Verkäufe offen. Es bestehen zurzeit intensive Gespräche mit der Stadt Frankfurt am Main, um eine Optimierung der Grundstücke voranzubringen. Eventuell ist eine Verlegung der Grundstücke innerhalb des Baugebietes angedacht.

GVW Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Str. 83 GmbH

Durch den Umzug eines Mieters innerhalb des Gebäudes wurde eine Teilfläche von ca. 500 qm Anfang 2007 frei. Es bestehen gute Chancen, diese kurzfristig an Mieter im Hause zu vermieten. Sobald die im Bereich der GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft geplante Projektentwicklung durchgeführt wurde, besteht weiteres Nutzungspotential für die Liegenschaft.

GbR Naxos-Union Grundstücksverwaltungsgesellschaft, Frankfurt am Main

Eine nicht genutzte Teilfläche der Liegenschaft haben wir neu entwickelt und unter der aufschiebenden Bedingung einer positiven Entscheidung über eine Bauvoranfrage an einen potenten Käufer verkauft. Wir gehen davon aus, dass eine positive Entscheidung über die Bauvoranfrage bis spätestens Ende 2009 getroffen wird. Neben den für die Gruppe bedeutenden Liquiditätszuflüssen aus der Realisation des Verkaufs werden auch positive Effekte für die Entwicklung sowohl des eigenen Geländes als auch der Reservegrundstücke der Grundstücksverwaltung Wächtersbacher Str. 83 GmbH erwartet.

Grundstücksverwaltung Chemnitz Jagdschänkenstr. 17 GmbH

Anfang 2008 konnte ein Mietvertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren für 3.000 m² Nutzfläche in der Bestandshalle abgeschlossen werden. Hierbei handelt es sich um einen bonitätsstarken Mieter aus dem Logistikbereich. Zur Herstellung des vertragsgemäßen Zustandes sind Investitionen von ca. T€ 500 notwendig. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Mietfläche innerhalb kürzester Zeit um weitere 2.000 m² erweitert wird.

Unsere Zielsetzung ist langfristig die nachhaltige Stärkung des Konzerns durch den Aufbau der Tätigkeit als Projektentwickler und Bauträger. Die Veräußerung weiterer Immobilien bzw. der die Immobilien haltenden Tochterunternehmen zur umfassenden Neustrukturierung des Portfolios der Gesellschaft ist nicht auszuschließen. Hieraus resultierende Erlöse können zum einen zur Rückführung der bestehenden Verbindlichkeiten, zum anderen zum Erwerb attraktiver anderer Immobilien verwendet werden. Mittelfristig ist die Akquisition hochwertiger Immobilien ab einem Investitionsvolumen von jeweils rd. € 5 Mio. bis zu einem Gesamtvolumen von rd. € 600 Mio. bis € 1 Mrd. vorgesehen, um sowohl den Unternehmenswert als auch die Ertragskraft zu steigern und so den Konzern für private und institutionelle Anleger interessant zu gestalten. Durch die aufgrund der Immobilienkrise schwierige Kreditsituation am Markt, wurden bisher noch nicht mit der Umsetzung der Planung begonnen. Ebenfalls sollen Vorbereitungen getroffen werden, um die Konzernobergesellschaft REIT-fähig zu machen. Hierfür sind als Zielgrößen Immobilien mit Einzelwerten zwischen € 20 Mio. und € 40 Mio. vorgesehen.

Für 2008 ist die Fertigstellung der Potsdamer Straße 90 in Berlin (Investitionsvolumen ca. T€ 1.300) geplant.

Durch die zum Jahresende aus dem Konzern ausgeschiedenen Gesellschaften wird sich für 2008 eine Reduzierung sowohl bei den Umsatzerlösen wie auch bei den Kosten ergeben. Insgesamt erwarten wir – auch durch die Einsparung der Zinsen für die aus den Verkaufserlösen getilgten Verbindlichkeiten - ein gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 verbessertes Ergebnis für den Konzern.

9. Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt € 41.200.000,00. Es ist eingeteilt in 19.741.379 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Bei den Aktien handelt es sich ausnahmslos um Stammaktien, verschiedene Aktiengattungen sind nicht vorgesehen. Jede der Aktien ist ab dem Zeitpunkt ihrer Entstehung stimmberechtigt und erstmals für das Jahr in dem sie entsteht, dividendenberechtigt. Jede Stückaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme (§ 19 der Satzung).

Beschränkungen, die Stimmrechte von Aktien betreffen, auch solche aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern, bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht. Ab dem Termin des Closings des Kaufes der Aktien durch die Tishman Speyer Gruppe am 30.03.2007 besteht für die von Herrn Dr. Rothenberger indirekt gehaltenen Aktien eine Haltefrist von 2 Jahren. Weitere Beschränkungen bestehen nach Kenntnis des Vorstandes nicht.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte überschreiten:

Gemäß Schreiben vom 20. Dezember 2007 der TS Metropolis Holdings S.à r.l., 1930 Luxemburg sind ihr 89,59% (17.699.025 Stimmrechte) nach § 22 Abs.1 Satz 1 Nr.1 WpHG zuzurechnen. Davon werden 9,96% (1.966.561) Stimmrechte direkt gehalten.

Die zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890 jeweils 3% oder mehr beträgt, gehalten:

- TS Metropolis I S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis II S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis III S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis IV S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis V S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis VI S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis VII S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg
- TS Metropolis VIII S.à r.l., 34-38 Avenue de la Liberté, Luxembourg

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Eine Stimmrechtskontrolle am Kapital beteiligter Arbeitnehmer besteht nicht.

Die Ernennung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt gemäß § 84 AktG. Danach ist für die Bestellung und Abberufung eines Vorstandsmitglieds der Aufsichtsrat zuständig. Die Änderung der Satzung kann nur durch Beschluss der Hauptversammlung erfolgen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 27. August 2012 das Grundkapital durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu € 20.600.000,00 zu erhöhen. Die Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien kann dabei gegen Bar- und/oder Sacheinlagen erfolgen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht zu gewähren. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates

- a) Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
- b) das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder sonstiger Vermögensgegenstände erfolgt;
- c) das Bezugsrecht der Aktionäre bei ein- oder mehrmaliger Ausnutzung des Genehmigten Kapitals bis zu einem Kapitalerhöhungsbetrag auszuschließen, der 10 % des zum Zeitpunkt der Erteilung und des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung sowie des zum Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet, um die neuen Aktien gegen Bareinlage zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden.

Über den Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Bedingungen der Aktienaussgabe einschließlich des Ausgabebetrages entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

Entschädigungsvereinbarungen wegen Kontrollwechsel gibt es keine.

10. Vergütungsbericht

Die Festlegung und Überprüfung der Vorstandsvergütung sind Aufgabe des Aufsichtsrats. Der Vorstand erhält eine Festvergütung. Zusätzlich erhält Herr Dr. Rothenberger eine jährlich nachträglich zahlbare Tantieme in Höhe von maximal € 40.000,00. Für das Geschäftsjahr 2007 hat der Aufsichtsrat eine Zahlung von € 25.000,00 beschlossen.

Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2007 individualisiert:

	fest:	erfolgsabhängig	Summe
Günter Rothenberger (bis 30.03.2007)	9.300,00 €	0,00 €	9.300,00 €
Dr. Sven G. Rothenberger	227.839,00 €	25.000,00 €	252.839,00 €
Stefan H. Brendgen (ab 30.03.2007)	37.639,00 €	0,00 €	37.639,00 €
Gesamt	274.778,00 €	25.000,00 €	299.778,00 €

Die Vorstandsvergütung enthält keine Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Vergütung des Aufsichtsrats wird durch Beschluss der Aktionäre in der Hauptversammlung bestimmt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält ausschließlich eine Festvergütung.

Aufsichtsratsvergütung für das Geschäftsjahr 2007 individualisiert:

Werner Uhde	12.000,00 €
Rolf Hartmann (bis 30.03.2007)	2.250,00 €
Peter A.R.F. Münch (bis 30.03.2007)	1.500,00 €
Michael Philip Maurice Spies (ab 18.04.2007)	6.750,00 €
Bernard Eric Collinet-Adler (ab 18.04.2007)	4.500,00 €
Günter Rothenberger (ab 09.11.2007)	1.000,00 €
Matthias Hünlein (ab 09.11.2007)	1.000,00 €
Geraldine Copeland-Wright (ab 09.11.2007)	<u>1.000,00 €</u>
Gesamt	<u>30.000,00 €</u>

Frankfurt am Main, 28. April 2008

Der Vorstand

Stefan H. Brendgen Dr. Sven G. Rothenberger

-Vorsitzender-

A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung
(vormals: A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG
von 1890)

Versicherung der gesetzlichen Vertreter („ Bilanzzeit“) zum Konzernabschluss der A.A.A.
Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung zum 31. Dezember 2007

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main, den 28. April 2008

Der Vorstand

Stefan H. Brendgen Dr. Sven G. Rothenberger

-Vorsitzender-

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung (bis 9. November 2007: A.A.A. Aktiengesellschaft Allgemeine Anlageverwaltung vorm. Seilwolff AG von 1890), Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang-- sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 28. April 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Lemnitzer
Wirtschaftsprüfer

Adams
Wirtschaftsprüfer